

04 | Mai 2015

Attersee. **REPORT**

„Politik als Lebenswelt“

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt
Die Entdeckungsreise zum Wähler

Auf der Spur der Mandatare

Sabine Ritter
Entscheidung unter Stress: Qualitätsverlust

Wilhelm Braunerder
Parteienstaat, Demokratie und Föderalismus

Erinnerung und Erfahrung eines Managers aus 30 Jahren Politik
Der Blick hinter den parlamentarischen Vorhang

Die unrepräsentative Demokratie

Die Macht der Rede

Probleme, Mythen und die Empirie

Für Sie gelesen
Geplünderte Demokratie

Helmut Dettner
Wachstum - Die Anatomie eines Fragezeichens

Zeitfragen - Perspektiven - Impulse

Inhalt

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt Die Entdeckungsreise zum Wähler.....	Seite 5
Auf der Spur der Mandatare	Seite 11
Sabine Ritter Entscheidung unter Stress: Qualitätsverlust	Seite 16
Wilhelm Brauner Parteienstaat, Demokratie und Föderalismus	Seite 19
Erinnerungen und Erfahrungen eines Managers aus 30 Jahren Politik Der Blick hinter den parlamentarischen Vorhang.....	Seite 22
Die unrepräsentative Demokratie	Seite 27
Die Macht der Rede	Seite 30
Probleme, Mythen und die Empirie	Seite 33
Für Sie gelesen Geplünderte Demokratie	Seite 36
Helmut Detter Wachstum - Die Anatomie eines Fragezeichens.....	Seite 38

IMPRESSUM

Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee ■ Herausgeber: Komm.Rat. Alois Gradauer
 ■ Medien-Management: Gert Bachmann ■
 Alle: Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz/Donau, Tel.: (0732) 736426, E-Mail: verein@atterseekreis.at ■
 Redaktionelle Gestaltung: Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Gaferlweg 3; A-4073 Wilhering, Tel.: (07226) 4002-43,
 E-mail: kirschhofer@drei.at
 Fotos sofern nicht gekennzeichnet: Fotolia.com / Pixelio.de / Wikipedia

www.atterseekreis.at

NAbg. a. D. KommR Alois Gradauer Präsident des Atterseekreises

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr, man stutzt natürlich, wenn man als ehemaliger Parlamentarier nach einem fast dreißigjährigen hautnahen Miterleben des politischen Geschehens von der Redaktion erfährt, daß sich der nächste Attersee Report mit der Politik als Lebenswelt beschäftigen werde. Und man wird neugierig, wenn man hört, daß es dabei nicht nur um das Aufkochen der üblichen Politikverdrossenheit geht, sondern um das kritische Hinterfragen dessen, was man als politische Mechanik bezeichnen könnte. Das Informationsmenü über unser parlamentarisches System werde aus vielen Gängen bestehen, wurde mir erklärt.

Es war naheliegend, daß die Redaktion im Zusammenhang mit den einzelnen Problembereichen dieser Ausgabe auch meine persönliche Erfahrung als Abgeordneter kennenlernen wollte. Aus den internen Gesprächen über die Schwachstellen unseres Parlamentarismus entwickelten sich schließlich Verbesserungsvorschläge, die der Atterseekreis im Rahmen des Essays „Auf der Spur der Mandatare“ (siehe Seite 11) zur öffentlichen Diskussion stellt.

Unseren Vorschlägen liegen im wesentlichen drei Absichten zugrunde:

■ **Verzicht der Politik auf parlamentarische Showeffekte;**

■ **Ökonomischerer Umgang mit den parlamentarischen Zeitbudgets zur Verbesserung der Qualität von Beschlüssen;**

■ **Erhöhte Transparenz der parlamentarischen Arbeit durch mediale Einblicke in die Tätigkeit der Ausschüsse als ein gleichzeitiger Beitrag zur Direkten Demokratie.**

Bei der Rückbesinnung auf die Jahre im Hohen Haus am Ring wurde mir bewußt, daß zum Riesenthema Politik ein ganz spezielles Problem gehört, das zu unrecht wenig Beachtung findet, nämlich der Umgang zwischen Menschen mit stark unterschied-

lichen Auffassungen außerhalb der politischen Kampfstätten. Müssen politische Gegner, die sich zuvor im Plenum oder in einem Ausschuß erbitterte Duelle geliefert haben, einander auch in den Couloirs des Parlaments oder im Speisesaal ihre Abneigung bekunden? Wie sieht die Wirklichkeit dieser zumeist flüchtigen Begegnungen aus?

Es liegt in der Natur der Sache, daß die Gefühlsgrade zwischen den Mandataren stark unterschiedlicher Parteien nur in Ausnahmefällen auf eine nennenswerte Höhe klettern. Der Umgang untereinander ist im allgemeinen kühl, aber überwiegend frei von feindseligen Empfindungen. Allerdings spielt die Parteizugehörigkeit nach meiner Beobachtung eine nicht unwesentliche Rolle. Möglicherweise liegt es auch ein wenig an den menschlichen Naturellen, daß zwischen den Abgeordneten der FPÖ und der ÖVP, aber auch zwischen Blauen und Roten eine größere Gefühlswärme besteht, als zwischen Freiheitlichen und Grünen.

Ich selbst habe mich in meiner Zeit als Abgeordneter bemüht, den politischen Gegnern menschlichen Respekt entgegenzubringen und insbesondere den politisch anders gesinnten Damen in den Formen unserer Zivilisation zu begegnen. Das hat mit zwei Ausnahmen zur Akzeptanz und Gesten der Gegenseitigkeit geführt. Nicht honoriert wurde das Bemühen um Höflichkeit von Bundeskanzler Faymann und der Grünen-Chefin Eva Glawischnig. Beide haben meinen Gruß nicht erwidert.

Die nonverbale Dialogverweigerung fand ich bedauerlich. Aber verschmerzbar.

Mit besten Grüßen,



KR Alois Gradauer
Präsident des Atterseekreises



Liebe Leserin, lieber Leser,

es hat eine fast unwirkliche Aktualität, was Alexis de Tocqueville vor fast 200 Jahren am Verhalten des amerikanischen Präsidenten Andrew Jackson während des Wahlkampfs beobachtete. „*In dieser Zeit*“, schrieb Tocqueville, „*regiert er nicht mehr zum Wohl des Staates, sondern zum Wohl seiner Wiederwahl. Er liebt, was sie (die Öffentliche Meinung) liebt, er haßt, was sie haßt, er eilt ihrem Wählerwillen voraus, kommt ihren Klagen zuvor, fügt sich ihren geringsten Wünschen*“.

Die Beobachtung des Franzosen paßt teuflisch gut in die Gegenwart. Auch die modernen Wahlkämpfe gleichen großen Verkaufsveranstaltungen nach dem Motto: „*Wer bietet mehr?*“ Aber bekommt wirklich der die meisten Stimmen, der am meisten verspricht? Muß sich der Politiker sklavisch an das halten, was sich der Wähler in seinem oft unzureichenden Wissensstand wünscht? Bedeutet gesellschaftsadaequates Handeln unvermeidlich, sich dem Wählerwillen kompromißlos zu unterwerfen? Andersherum gesehen: Ist es in Wirklichkeit nicht so, daß die Politik dem Willen der Bevölkerung nur während der Wahlkämpfe Demut bezeugt, später jedoch geradezu konträre Maßnahmen setzt und gegen die Öffentliche Meinung handelt?

Im vorliegenden Attersee Report wird versucht, Antworten darauf zu finden und darüber hinaus die politische Lebenswelt als Ganzes zur Diskussion zu stellen. Redaktionelle Absicht war es, das Wählerverhalten, die politische Kommunikation, den Parlamentarismus und ganz allgemein das politische Getriebe in kompakten Beiträgen kritisch zu durchleuchten.

Ein Teil des Heftes ist der empirischen Betrachtung von politischen Phänomenen gewidmet, wie z.B. der Wirkungsweise

der Öffentlichen Meinung, den Aggregatzuständen des Öffentlichen Bewußtseins, der politischen Informationsverarbeitung, dem Quellenprestige von Kommunikatoren, dem Einfluß der Spitzenkandidaten auf die Wahlentscheidung, den Fehlern bei der politischen Ansprache des Publikums, den Möglichkeiten der Dynamisierung von Meinungen u.a.m.

Abgesehen von dieser vorwiegend aus Erkenntnissen der Forschung gespeisten Thematik möchten wir dem Leser einen Blick in die politische Praxis, sozusagen „hinter die Kulissen“ bieten. Dazu gehört auch der Alltag von Mandataren, also Sitzungen, genutzte und verschwendete Zeit, das Getriebe in den Parteizentralen und in den Fraktionen, Lesezwänge und verfügbare Zeit für die Informationsaufnahme u.ä. Sehr wichtig erschienen uns auch Reflexionen zum Entstehungsprozeß von politischen Konzepten, Anpassungszwängen und Hemmnissen der politischen Kreativität.

Es war uns bewußt, daß es im Rahmen einer Ausgabe nicht möglich ist, die politische Lebenswelt in allen Facetten darzustellen. Der redaktionelle Ehrgeiz mußte sich zwangsläufig mit teilweise sehr groben Skizzen und Scherenschnitten der Realität begnügen. Was wir dennoch hoffen, ist, daß es gemeinsam mithilfe von Expertenmeinungen sowie dem Erfahrungsschatz von Alois Gradauer gelungen ist, die Diskussion über Probleme anzureichern, deren Bedeutung weit über die politische Lebenswelt hinausgeht.

Es sind Probleme, in deren Haft sich letztlich das Wohl und Wehe der Bevölkerung befindet.

Herzlichst,



DIE ENTDECKUNGSREISE ZUM WÄHLER

von Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

Wahlen wurden früher einmal in Anlehnung an soziale Gruppierungen entschieden: Hier besitzendes Bürgertum, Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Adel, dort Arbeitnehmer und kleine Leute. Heute geht es nicht mehr allein um die Interessen sozialer Klassen und um Verteilungsfragen. Was ebenso ins Gewicht fällt, ist die Vertrauenswürdigkeit einer Partei für die Bewältigung von Problemen wie Arbeitsplatzsicherung, Bekämpfung der Kriminalität, Sicherung des Gesundheitswesens, Umweltschutz, Energiebeschaffung, Bewältigung der Zuwanderung, Abwehr des Islamismus oder die Behauptung der österreichischen Interessen in der EU. Die verwirrende Vielfalt dieser und weiterer Problemstellungen erschwert dem Bürger zwangsläufig das Auffinden der für ihn „passenden“ Partei und macht ihn anfällig für die Änderung seiner Ansichten. Familiäre Traditionen der Parteineigung sind zwar noch nicht ganz verschwunden, haben sich jedoch erheblich abgeschwächt. Politische Vorlieben werden nicht mehr automatisch vererbt. Das alles erleichtert natürlich nicht die politische Diagnose. Eine Entdeckungsreise zum Wählerverhalten muß grundsätzlich an vielen Stationen haltmachen und sehr unterschiedliche Begleitumstände in Betracht ziehen. Am Beginn der Fahrt richtet sich die analytische Neugier auf die Grundhaltung der Österreicher zur Politik.

■ Die gebundenen und wechselbereiten Wähler

Wenn die Parteien, wie es in der Steiermark und Burgenland bereits der Fall war und in Oberösterreich und Wien noch geschehen wird, zum Halali auf die



Wählerstimmen blasen, stoßen sie auf eine Bevölkerung, die sich recht mäßig an eine der bestehenden Parteien gebunden fühlt. Nur ein gutes Drittel der Österreicher gab sich in einer IMAS - Untersuchung jüngeren Datums als Stammwähler zu erkennen, rund jeder Fünfte bezeichnete sich als gelegentlichen Wechsler, ein weiteres Fünftel bestritt überhaupt politische Bindungen und entscheidet sich nach eigener Aussage jedesmal neu für eine bestimmte Partei. Die restlichen Befragten konnten oder wollten das eigene politische Verhalten nicht beschreiben.

Unter demographischen Gesichtspunkten unterscheidet sich die Parteibindung vor allem nach dem Alter. Demnach zählt

sich von den über 50jährigen Personen rund jeder Zweite zu den Stammwählern, von den Angehörigen der jungen Generation allenfalls jeder Siebente (15 Prozent). Mindestens ein Viertel der jungen Österreicher ist ganz und gar bindungslos, mehr als 40 (!) Prozent dieses Alterssegments sehen sich außerstande, die Frage konkret zu beantworten. Es ist dies der Ausdruck eines generell geringen Politikinteresses.

Das unterschiedliche Verhalten der Altersgruppen beeinflusst natürlich auch die Bindungsgrade innerhalb der Parteien. Generalisierend läßt sich sagen, daß sich die (überdurchschnittlich alten) Wähler von SPÖ und ÖVP ihren Parteien ungleich stärker verbunden fühlen, als es bei den Sympathisanten der Oppositionsparteien Usus ist.

■ Mitreden ohne Mitdenken

Die gelockerten Bindungen an die Parteien und die zunehmende Wechselbereitschaft erwecken die Vorstellung einer sehr alerten Wählerschaft, die das Geschehen in einer Art richterlichen Funktion sorgsam beobachtet und sich schließlich für diejenige Partei entscheidet, die nach Abwägung aller Tatbestände den Vorzug verdient. Diese Vorstellung ist aber schlichtweg falsch. Der Eindruck von den Mißständen im Staat hat keineswegs ein Verlangen nach konstruktiver Mitgestaltung an Sachfragen bewirkt, sondern zu einer inneren Abkehr von der Politik geführt. Bezeichnend für das Denken der Bevölkerung ist die resignative Überlegung, daß man an der Situation ohnehin nichts ändern könne.

Wähler von-	Es bezeichnen sich als -			
	Stammwähler %	Gelegentliche Wechsler %	Spontanentscheider %	Unentschiedene/ Ohne Angabe %
ÖVP	76	8	7	9 = 100%
SPÖ	63	13	12	12 = 100%
FPÖ	50	25	20	5 = 100%
DIE GRÜNEN	37	39	17	7 = 100%
Team STRONACH	9	46	36	9 = 100%
Andere Parteien, Unklare	17	17	25	41 = 100%

Quelle: IMAS

Als grober Richtwert kann gelten, daß nur rund zwei Fünftel der Bevölkerung eine nennenswerte Neugier für politische Details mitbringen. Die übrigen drei Fünftel möchten von der Politik im Grunde wenig oder gar nichts wissen. Kurzzeitig unterbrochen wurde diese Regel nur zu Beginn des Jahrtausends im Gefolge der diskriminierenden EU-Sanktionen gegen Österreich. Damals - im Februar 2000 - haben sich 56 Prozent der Erwachsenen zumindest ziemlich stark mit den politischen Vorgängen befaßt. Schon im April 2000 begann die politische Erregung wieder abzuklingen, um zum Jahresende dann (nach Aufhebung der Sanktionen) auf 35 Prozent abzusinken.

Eine Zwischenerkenntnis aus der einschlägigen Forschung besteht darin, daß die Bevölkerung ein bemerkenswert gutes Gespür für die Wertigkeit von Parteien und Politikern besitzt, den Sachfragen aber nur mit beiläufiger Aufmerksamkeit begegnet. Der Amerikaner William Hazlitt hatte insofern nicht ganz unrecht, als er spöttelte: „Viele Leute reden über Politik nicht, um eine Meinung zu sagen, sondern sie sagen eine Meinung, einfach, um zu reden.“

Unerfüllt geblieben ist im übrigen die Hoffnung, die 2007 erfolgte Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre würde in der jüngsten Alterskohorte ein verstärktes Engagement an der Politik bewirken. Das politische Mitdenken der jungen Generation blieb vielmehr auf einem fast unverändert niedrigem Niveau. Rund 80 Prozent des jüngsten Alterssegments stehen dem politischen Geschehen nach wie vor gelangweilt gegenüber. Den demoskopischen Befunden ist ein geradezu gesetzmäßiger Zusammenhang zwischen dem Lebensalter der Wähler und ihrem politischen Interesse zu entnehmen. Demnach erhöht sich die politische Neugier parallel zum Alter und ist unter den Senioren (Personen über 50)

rund doppelt so verbreitet wie in der jungen Generation.

■ Die Wissenslücken der Wähler

Was der Situation ansonsten einen dramatischen Anstrich verleiht, ist die ebenfalls belegbare Tatsache, daß nicht nur das politische Interesse, sondern auch das politische Wissen der Österreicher sehr zu wünschen übrig läßt. Das gilt für praktisch alle Sachgebiete, die als Meßkriterien für den politischen Kenntnisstand herangezogen wurden:

- Nur etwas mehr als 60 Prozent der Erwachsenen wissen über die Parteizugehörigkeit ihres Landeshauptmanns Bescheid;
- Ebenfalls nur rund drei Fünftel der Wähler sind in der Lage, die im Nationalrat vertretenen Parteien zu benennen;
- Kaum die Hälfte der Bürger vermag die Spitzenkandidaten der Parteien aufzusagen;
- Nur jeweils etwa zwei Fünftel der Österreicher könnten Auskunft darüber geben, wie viele Staaten zur EU gehören oder wer Engelbert Dollfuß war;
- Noch ein wenig geringer ist das Wissen darüber, welche Ziele unsere Parteien verfolgen.;
- Am allerwenigsten ist der Bevölkerung geläufig, welche Aufgaben der Bundesrat hat: Nur drei von Zehn trauen sich darüber eine Antwort zu.



Befragungen ergeben, dass das politische Wissen der Österreicher sehr zu Wünschen übrig lässt.



Man tut also gut daran, die Latte des Wählerwissens nicht zu hoch zu legen. (An anderer Stelle dieser Ausgabe wird Nachschau gehalten, wie es mit der politischen Sachkompetenz der Politiker bestellt ist).

■ Öffentliche Meinung: Knäuel von Wissen, Gefühlen und Erfahrungen

Ungeachtet dessen, daß das politische Wissen auf recht tönernen Füßen steht und politische Ansichten zu einem Gutteil auf Emotionen beruhen, stellt die Öffentliche Meinung in der Demokratie eine Macht dar, denn sie bestimmt ja zumindest am Wahltag, wer für einige Jahre im Staat das Sagen hat.

Die Wählermeinung ist im Grunde ein äußerst kompliziertes Geflecht von rationalen Überlegungen, subjektiven Empfindungen, familiären Überlieferungen, praktischen Erfahrungen mit Abgeordneten oder Parteien, Einflüssen des eigenen Milieus, Informationen aus Print- und AV-Medien, aber auch aus

persönlichen Gesprächen mit Arbeitskollegen oder Bekannten. Das Knäuel der diversen Einflüsse ist kaum entwirrbar. Daher ist es auch nur sehr bedingt möglich, Kausalitäten zu Einflußfaktoren herzustellen.

Was man aufgrund der einschlägigen Forschung mit Sicherheit sagen kann, ist, daß politische Geschehnisse sehr

selektiv wahrgenommen werden. Menschen versuchen, aus jeglicher Art von Nachrichtenmaterial neue Bestätigungen für bereits vorhandene Orientierungen herauszulesen und sie weisen unbewußt Informationen von sich, die sie als „dissonant“, mißtönend und unstimmig empfinden. Aus diesem Grund ist es erheblich leichter, bereits vorhandene Auffassungen zu verstärken, als Meinungen umzuformen und neue Überzeugungen zu verankern.

■ Wichtiger Wirkungsfaktor: Quellenprestige des Informationsvermittlers

Bei allen Überzeugungsversuchen spielt die Glaubwürdigkeit und das Prestige eines Informanten oder Kommunikators eine wichtige Rolle. Ein Kommunikator oder ein Medium mit hohem Quellenprestige hat eine größere Chance, Meinungen zu beeinflussen, als ein anderes mit geringem Prestige. Aber auch Medien mit einer hohen Glaubwürdigkeit haben es schwer, meinungsverändernde Wirkungen in Bereichen zu erzielen, in denen bereits fest verankerte Meinungen vorhanden sind. Je höher der Sachverhalt im persönlichen Wertsystem rangiert, umso schwieriger ist die Beeinflussung. In diesem Zusammenhang ist an Ferdinand Tönnies zu erinnern, der von unterschiedlichen Aggregatzuständen, nämlich gasförmigen, flüssigen und festen Meinungen sprach. Dementsprechend unterschiedlich sind die Chancen, Meinungsänderungen zu erzielen, je nach dem Härtegrad einer Ansicht.

Stark verankert sind im allgemeinen religiöse

Politische Logik

Sagt ein Schwarzer mal zur dir:
„Zwei und nochmal zwei gibt vier“,
mußt als Roter du verneinen,
dir zuliebe und den Deinen.
Stellt dann aber tags darauf
Rot die Gegenthese auf,
die alleine richtig sei:
„Vier besteht aus eins und drei“
protestiert aus reinem Sport
Schwarz und widerspricht sofort.

Meldet sich auf off'ner Bühne
jetzt auch schließlich noch der Grüne,
komplettiert das ganze Spiel:
„Vier mal eins gibt grad so viel“,
kontert Gelb vom Zorn getrieben:
„Unsinn, vier ist elf weg sieben“.
Dies erklärt zu jeder Frist,
was politisch logisch ist.

Guido Wolf

(Der Verfasser des Gedichts ist
Spitzenpolitiker der Südwest-CDU)



Überzeugungen und alle Sachfragen, die für die Menschen eine unmittelbare und große Bedeutung haben. Auch eigene Erlebnisse und praktische Erfahrungen haben gewöhnlich einen großen Einfluß auf das Denken.

■ Spannungen begünstigen Meinungswandel

Günstig für Bekehrungsversuche sind abnormale und spannungsreiche wirtschaftliche, politische oder soziale Situationen. Wo es Spannungen gibt oder Ängste, findet die Informationspolitik einen Ansatzpunkt. Widersprüche sind potentiell immer dynamisch. Man kann sie argumentativ beleben und dann kommt etwas in Bewegung. Es ist außer Zweifel, daß wir uns derzeit in einer spannungsreichen Periode befinden. Die Voraussetzungen für meinungsbildende Prozesse sind also gegeben.

Wenn Menschen nach neuen Orientierungen suchen, tun sie es gern nach dem ökonomischen Prinzip der Einfachheit. Im Klartext: Man sucht nach einfachen, griffigen Formeln. Wichtig bei der Übermittlung von politischen Werbebotschaften ist es, meinungsverstärkende Emotionen mitzuliefern.

Ein besonders beachtenswertes Erfolgsrezept ist die möglichst rasche Reaktion auf aktuelle Ereignisse („flexible response“). Dies bedingt ein rechtzeitiges Angebot von Sprachformeln und argumentativen Hilfen zur Verdeutlichung der eigenen Position. Einer Partei, der es gelingt, auf den politischen und sozialen Wandel rasch mit eingängigen Argumenten zu reagieren, ist nachweisbar im Vorteil.

Noch etwas: Überzeugungsversuche sind umso wirksamer, je weniger man sie erkennt. Sobald Überredungsabsichten als solche erkannt werden, wächst der innere Widerstand gegen sie.

■ Wie entsteht politische Dynamik?

Im Hinblick auf die Politik stellt sich auch die Frage, welche Grundvoraussetzungen gegeben sein müssen, um einem Problem Dynamik zu verleihen. Elisabeth Noelle formulierte dafür vier Bedingungen:

1. *Ein politisches Ziel muß gewünscht werden;*
2. *Man muß das Gefühl haben, daß es sich um ein wichtiges Problem handelt;*
3. *Der Wähler muß das Gefühl haben, daß er mit seiner Befürwortung des Problems nicht allein dasteht, sondern daß auch viele andere Menschen es wünschen;*
4. *Der Wähler muß das Gefühl haben, daß das politische Ziel auch verwirklichtbar ist, das heißt, daß tüchtige Politiker es auch umsetzen können.*

Als Marginalie dazu: Eine Überproduktion von politischen Versprechen, die als nicht realisierbar empfunden werden, führt zur Unglaubwürdigkeit oder sogar Lächerlichkeit.



■ Politik mit Blutdruckmessung

Politischer Erfolg hängt keineswegs davon ab, dem Volk nach dem Mund zu reden. So etwa hat der legendäre deutsche Kanzler Konrad Adenauer in einigen Fällen Entscheidungen getroffen, die der Mehrheitsmeinung anfangs ganz und gar widersprachen. Zum Beispiel hat er die Soziale Marktwirtschaft (mit Ludwig Erhard) eingeführt, obwohl die Deutschen damals noch eine gelenkte Wirtschaft bevorzugten. Er hat (gemeinsam mit de Gaulle) die deutsch-französische Freundschaft eingeleitet, obwohl die Deutschen innerlich noch der jahrhundertealten Feindschaft mit dem westlichen Nachbarn anhängen und er hat auch die deutsche Wiederbewaffnung und den Eintritt in die NATO vollzogen, obwohl die Deutschen damals eigentlich nichts mehr von Militär und Krieg wissen wollten. Auch andere kraftvolle Politiker (darunter Bruno Kreisky) haben gezeigt, daß es möglich ist, ei-

gene Überzeugungen und Konzepte gegen eine anfängliche Mehrheitsmeinung durchzusetzen. Allerdings: Der Politiker muß dabei - ähnlich wie der Arzt bei einer Operation - ständig den Blutdruck des Patienten kontrollieren.

Die rot-schwarze Koalition in Österreich ist, wie es scheint, durch ein Übermaß an wesensfremden Maßnahmen bereits tief in die Gefahrenzone des Vertrauensentzugs geraten.

Die Frage nach dem sinnvollen Umgang mit der Öffentlichen Meinung lautet also nicht unbedingt: „Was möchte das Volk?“, sondern: „Wie weit darf sich ein Politiker auf der Basis seiner besseren Informationslage und von einer manchmal auf unzureichendes Wissen ge-

stützten Öffentliche Meinung entfernen, ohne Sanktionen der Öffentlichkeit in Kauf nehmen zu müssen, also abgewählt zu werden.

Die rot-schwarze Koalition in Österreich ist, wie es scheint, durch ein Übermaß an wesensfremden Maßnahmen bereits tief in die Gefahrenzone des Vertrauensentzugs geraten. ■

Apropos:

”

Nichts senkt sich so tief in das Gemüt des Menschen als das Beispiel.

(John Locke)

“

AUF DER SPUR DER MANDATARE



Bravo! Die Familienministerin hat (vor einigen Monaten) etwas Kluges gesagt, als sie in einem KURIER - Interview sich selbst und ihren Zunftkollegen eine regelmäßige Nachdenkpause zum geistigen Auftanken verordnete. Ihr Rat: Jeder Minister sollte sich wöchentlich ein paar Stunden gönnen, um den Fokus nicht zu verlieren. Auch der Politologe Filzmaier drängt auf Aus- und Fortbildung für Jung- und Altpolitiker. Das Parlament solle seiner Vorstellung nach sogar ein großes Bildungsprogramm für Neuzugänge einrichten, parteiübergreifend und verpflichtend. Politik sei schließlich ein (Zweit-) Beruf, der professionell ausgeübt werden müsse.

Kein Zweifel: Unsere Politiker wissen zu wenig. Damit fehlt ihnen der Blick für die großen Umbrüche unserer Zeit, obwohl diese mithilfe gesicherter Erkenntnisse bereits abschätzbar sind. Hätten beispielsweise die roten und schwarzen Gewerkschafter Foglar und Neugebauer die reichlich vorhandenen Expertisen über die demographische Entwicklung ernsthaft verfolgt, könnten sie sich unmöglich gegen die Hinaufsetzung des Pensionseintrittsalters sträuben. Ähnlich verhält es sich mit dem Problemgeflecht der Zuwanderung. Ein Politiker, der für ungehemmte Zuwanderung eintritt und von den Vorzügen einer multikulturellen Mischmaschgesellschaft träumt, hat in Wirklichkeit keine Ahnung von Demographie, Geschichte, Sozialpsychologie, aber auch nicht von der Volkswirtschaft.

■ Ungenügend im politischen PISA-Test

Der Mangel an Lösungskompetenz beruht zum einen auf einem Manko an ideengeschichtlichem Wissen und zum anderen auf fehlender Sachkenntnis für die Gegenwartsfragen. Das betrifft auch die EU. Wie das IMAS-Institut vor einigen Jahren ermittelte, besitzt nur eine Minderheit von Nationalrats- und Landtagsabgeordneten ein ausreichendes Wissen über die Funktionsweise des Europäischen Bündnisses.



● Nur drei von fünf der Volksvertreter konnten genau sagen, wie viele Mitglieder Österreich im Europäischen Parlament stellt;

● Nicht einmal die Hälfte der Abgeordneten wußte, welche EU-Einrichtung ihren

Sitz in Wien hat. (Agency for Fundamental Rights);

● Nur zwei von fünf Abgeordneten konnten erklären, wie die Kriterien der EU für beitrittswillige Länder lauten. Dabei geht es im Prinzip um einfache Bedingungen, nämlich: Institutionelle Stabilität als Garantie für die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, funktionierende Marktwirtschaft und Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb der Union standzuhalten, sowie Übernahme des „Acquis commuotaire“;

● Lediglich drei von zehn unserer Volksvertreter hatten eine präzise Vorstellung davon, wieviel Geld Österreich pro Jahr an die EU zu zahlen hat. Sogar der Name

des Ratspräsidenten der EU war einigen befragten Volksvertretern nicht geläufig.

Besonders pikant ist die Tatsache, daß nur 26 Prozent der Politiker ziemlich genau sagen konnten, was im Lissaboner Reformvertrag steht. Nichtsdestotrotz erklärten 64 Prozent, daß es sich um einen bedeutsamen Vertrag handelt. Fazit der Erhebung: Die Abgeordneten entscheiden über Materien, von denen sie wenig Ahnung haben.

Und wie steht es mit den Damen und Herren auf der Regierungsbank? Bei ihnen spielt vor ihrer Entsendung in die hohen Ämter eine vorrangige Rolle, welche parteipolitische Hausmacht sie hinter sich haben und welchen Teilorganisationen oder Bundesländern sie entstammen. Ihre Qualifikation für Sachgebiete wird kaum hinterfragt. Das Motto lautet *Learning by doing*. Bedauerlicherweise funktioniert aber auch das nicht immer. Bei Frau Heinisch-Hosek führte das doing in der Bildungspolitik, wie sich herausstellte, zum Desaster.

■ Lieber reden statt lesen

Die bisweilen geringe Sachkompetenz, aber auch eine merkwürdige Stumpfheit der Mandatäre gegenüber geistigen Strömungen und Langzeitentwicklungen liegt nicht an einem Mangel an Intelligenz, sondern an einer geringen Bereitschaft zur Informationsaufnahme. Es entspricht wohl ein wenig dem Naturell der Politiker, daß sie grundsätzlich lieber reden als lesen, lieber belehren als zuhören. Der Pressespiegel eines Referenten mit der Auflistung von positiven oder negativen Erwähnungen in den Medien ersetzt bei ihnen allzu sehr die gründliche Lektüre der Zeitungen oder gar der Fachliteratur. Ein Großteil des Zeitbudgets der Politiker wird für nutzlose Dinge verschwendet. Was daraus entsteht, ist Leerlauf mit

Tempo. Ein übervoller Terminkalender mit nebensächlichen Aufgabenstellungen gilt zudem als Statussymbol; die Aussage „*ich habe wenig Zeit*“ verleiht den Anstrich von Bedeutsamkeit.

Die Kritik an den Leerläufen kann natürlich nicht auf alle politischen Ebenen übertragen werden und bedarf einer Relativierung. Ausgeklammert werden von der Leerlauf - Hypothese müssen Persönlichkeiten, die auf internationaler Ebene staatstragende Verantwortung ausüben, sich qua Funktion mit sehr unterschiedlichen Sach- und Wissensbereichen herumschlagen müssen und überdies in wirklich unentrinnbare Verpflichtungen gepreßt sind. Ein Paradebeispiel dafür ist die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, der trotz mancher Vorbehalte, die man gegenüber ihrer Politik haben mag, eine uneingeschränkte Bewunderung für ihr gewaltiges Arbeitspensum gebührt. Ihre berufliche Realität besteht aus sehr kurzen Nächten, tausenden von Flugkilometern, pausenlosen Gesprächen, ununterbrochener Konzentration, ständiger Antwortpflicht auf quälende und manchmal sinnlose Fragen der Medien, ermüdenden Arbeitssessen und vor allem endlosen Konferenzen, die sich bisweilen bis in die Morgenstunden hinziehen.

■ Gesundheitliche Zusammenbrüche als politische Wegbegleiter

Nicht alle Staatsmänner sind gesundheitlich so robust, wie es bei der deutschen Kanzlerin zumindest den Anschein hat. Die Ausübung politischer Pflichten ist nicht selten begleitet von Zusammenbrüchen, über die die Öffentlichkeit meist weniger erfährt, als über die Meniskusverletzung eines Fußballers aus der 3.Liga. Kaum etwas erfahren hat man zum Beispiel darüber, daß der deutsche Altkanzler Helmut Schmidt 1980 bei einem Vier-Augengespräch mit dem französischen

Präsidenten Giscard d'Estaing röchelnd zusammenbrach und bewußtlos wurde. Ein Notarzt wurde gerufen. Indes kam Schmidt wieder zu sich und marschierte alsbald an völlig ahnungslosen Journalisten vorbei zum Mittagessen.

Vom ehemaligen US-Präsidenten George H.W. Bush (senior) weiß man, daß er 1992 anlässlich eines Galadinner beim japanischen Ministerpräsidenten Miyazawa plötzlich von so heftiger Übelkeit befallen wurde, daß er sich an der Tafel übergeben mußte.

Besonders häufige Begleiterscheinungen der politischer Überbeanspruchung sind Kreislaufschwächen oder Herzinfarkte. Prominente Betroffene waren in der jüngeren Vergangenheit u.a. die bundesdeutschen Politiker Müntefering, Gregor Gysi und Jürgen Trittin. Das gesundheitliche Risiko dieses Berufszweigs ist alles in allem hoch.

Diese Aussage gilt auch für eine überschaubare Zahl von österreichischen Entscheidungsträgern. Bei der Mehrheit unserer Politiker hält sich die gesundheitliche Bedrohung durch den Beruf aber erfreulicherweise in Grenzen, obwohl den Mandatären eine generelle Emsigkeit nicht abzusprechen ist. Kennzeichnend für das Verhalten auf Landesebene ist eine spezielle Art des Schusselns.

■ Gähnen im Plenum

Das Gewusle und die kurzen, schnellen Schritte, wie man sie etwa im Linzer Landhaus beobachten kann, bilden einen scharfen Kontrast



*Helmut Schmidt
im Jahre 2013*

*Parlamentarier
bei ihrer „harten
Arbeit“.*



zum niederschmetternden Bild einer Nationalratssitzung, in der scheinbar völlig desinteressierte Abgeordnete in einem kaum zu einem Drittel gefüllten Saal gelangweilt eine Zeitung lesen, gähnen, sich lachend mit Fraktionskollegen unterhalten, SMS-mails verschicken oder Schriftstücke unterzeichnen, während am Pult ein Redner mit melodramatischen Gesten gegen das poltert, was seiner Meinung nach die politischen Gegner in der Vergangenheit verbockt haben.



Faymann amüsiert: Wird ihm hier ein gestikulierender Auftritt eines Parteikollegen geschildert?

Nein, - nicht seiner Meinung nach. Hier, an dieser Stelle, liegt der politische Hase im Pfeffer, denn es ist ja gar nicht seine eigene Meinung, die der wild gestikulierende Mann am Pult in das Plenum schleudert, sondern die vorher festgelegte Position seiner Partei. Die Szenen, die sich in den TV-Übertragungen einer breiten Öffentlichkeit bieten, sind insofern eine politisch-optische Täuschung. Sie vermitteln das Trugbild eines parlamentarischen Systems, das der Urform der Demokratie auf den altgriechischen Marktplätzen, nämlich dem Überzeugen von der eigenen Meinung entspricht. Tatsächlich ist es das Deklamieren von Standpunkten, die zuvor in den Parteizentralen beschlossen wurden und kaum Spielraum für eigene Deutungen zulassen.

In den Generaldebatten des Parlaments kommen dann bis zu 140 der 183 Abgeordneten mit zeitlich knapp bemessenen Reden zu Wort, die im Grunde nichts anderes sind als Alibihandlungen und rhetorische Leistungsnachweise vor den Wählern. Zugleich ist es verschwendete Zeit, zumal die Abstimmungen nach einem in den Parteisekretariaten festgelegten Ritus erfolgen und der einzelne Abgeordnete sich an diesen Ablauf zu halten hat.

Die Unterordnung der eigenen Meinung unter die der Fraktion schmeckt den meis-

ten, aber nicht allen Politikern. Einige geraten dadurch sogar in einen schmerzhaften Gewissenskonflikt. Erst kürzlich ist in Deutschland der CSU-Abgeordnete Gauweiler deswegen von allen seinen Ämtern zurückgetreten. Seine Begründung lautete: „Von mir ist öffentlich verlangt worden, daß ich mich für das Gegenteil dessen entscheide, was ich seit Jahren vertrete. Das ist mit meinem Verständnis als Abgeordneter unvereinbar.“ (Zuletzt war Gauweiler von CSU-Chef Seehofer kritisiert worden, weil er gegen die Finanzhilfen für Griechenland gestimmt hatte).

Die strenge Fraktionsdisziplin hat trotzdem nicht nur Nachteile, denn sie macht eine Partei auf diese Weise für den Wähler erkenn- und damit auch kalkulierbar.

■ Blockierte Ideen

Die Kehrseite der Medaille besteht darin, daß unser Parlamentarismus zu einer ideenfeindlichen Erstarrung der Politik führt. Atterseekreis-Präsident Alois Gradauer, der als Abgeordneter das Geschehen im Hohen Haus mehrere Jahre hindurch beobachten konnte, beklagt die Anpassungszwänge an die Vorgaben der Klubs einerseits deshalb, weil der beschriebene Sachverhalt die Abgeordneten im Falle des Ungehorsams à la Gauweiler um ihre Wiederwahl zittern läßt und sie parteiintern gefügig macht. Noch schwerer fällt nach Ansicht Gradauers ins Gewicht, daß das gängige System die Zustimmung zu einem sinnvollen Vorschlag des politischen Gegners nicht zuläßt. Das behindert insbesondere die konstruktive Mitwirkung der Opposition an der politischen Gestaltung. Rot und Schwarz halten nach Gradauers Erfahrung auch dann an ihren Ansichten fest, wenn „schon die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß die Regierungsmaßnahmen nichts taugen.“



Einige weitere Schwächen unseres Parlamentarismus:

- Anträge der Opposition werden nicht behandelt, sondern auf den Nimmerleinstag verschoben.
- Schwierige Materien werden unter zu großem Zeitdruck und oberflächlicher Behandlung zum Gesetz. Viele davon sind daher letztlich nicht verfassungskonform.
- Zeitdruck, verbunden mit der Monotonie parlamentarischer Abläufe bewirkt Stress

■ Vorschläge des Atterseekreises

Abhilfe könnte aus der Sicht des Atterseekreises durch eine verbesserte Zeitökonomie erreicht werden. Das bedeutet konkret: **Reduktion der Reden im Plenum, dafür erweiterte Zeitbudgets für die Behandlung von Sachfragen in den Ausschüssen.** Außerdem: Einführung einer **Anwesenheitspflicht für die Abgeordneten** während der für Entscheidungen vorgesehenen Plenarzeit.

Und noch etwas könnte zur Qualitätsverbesserung beitragen, nämlich eine größere mediale Transparenz der parlamen-

tarischen Abläufe. Es genügt nicht, nur die phrasenhaften kurzen Monologe in den Generaldebatten zu übertragen. Die Fernsehkameras sollten, wie es in Schweden eine Selbstverständlichkeit ist, zuvor auch in die Arbeit der Ausschüsse hineingeleuchtet haben. **Der Bürger sollte sich im eigenen Wohnzimmer Bild davon machen können, wie die Gesetze praktisch zustande kommen.** Er sollte sehen dürfen, in welcher Hast und Kürze Probleme von weitreichender Bedeutung behandelt werden und wie gering die Chancen der Opposition sind, ihre Ideen zur Diskussion zu bringen. Insbesondere vor Festtagen, wie z. B. Weihnachten, tendiert die parlamentarische Maschinerie dazu, Vorlagen ohne ein sorgsames Abwägen des Für und Wider geradezu fließbandartig durchzuwinken. Dieser Übelstand könnte sehr wahrscheinlich vermieden werden, wenn den Abgeordneten bewußt wird, daß ihnen der Wähler sozusagen auf die Finger schaut.

Nicht zuletzt ist ein Maximum an Transparenz auch ein wichtiger Beitrag zur direkten Demokratie. **In einer lebendig gestalteten Politik geht es nicht nur um das Mitbestimmen, sondern auch Miterleben von Entscheidungen.** ■

In den Generaldebatten des Parlaments kommen dann bis zu 140 der 183 Abgeordneten mit zeitlich knapp bemessenen Reden zu Wort, die im Grunde nichts anderes sind als Alibihandlungen und rhetorische Leistungsnachweise vor den Wählern.



Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

Andreas Kirschhofer Bozenhardt war zunächst am Institut für Demoskopie in Allensbach im Führungskreis um Prof. Elisabeth Noelle tätig. In dieser Zeit u.a. Informationsberater der Deutschen Atlantischen Gesellschaft. 1972 Aufbau der Institutsgruppe IMAS International mit starken Akzenten auf Kommunikations- und Gesellschaftsforschung. Zahlreiche Publikationen



ENTSCHEIDUNG UNTER STRESS: QUALITÄTSVERLUST

von Sabine Ritter

Im Sport gibt es eine Fülle von Beispielen dafür, daß Spitzenathleten in entscheidenden Momenten versagen, indem sie zum Beispiel einen Elfmeter verschießen, den sie im Training mühelos verwandeln, beim Skifliegen den richtigen Absprung verpassen, oder wenn sie (wie es dem deutschen Zehnkämpfer Hingsen vor Jahren passierte), ohne ersichtlichen Grund einen dreimaligen Fehlstart produzieren und damit die sicher scheinende Goldmedaille verlieren. Die Erklärung für all das ist nicht ein Mangel an körperlicher Fitness, sondern das Versagen in einer psychischen Ausnahme- bzw. Extremsituation.

Das, was bei Sportlern häufig geschieht, gilt natürlich auch für Angehörige anderer Berufe, in denen Höchstleistungen gefordert sind, nicht zuletzt für Politiker. Drastisch veranschaulicht wurden die Extremsituationen von Politikern, als die

deutsche Krisenkanzlerin Angela Merkel innerhalb einer einzigen Woche Gespräche in Berlin, Kiew, Washington, Moskau und Minsk über die Friedenssicherung in der Ukraine oder die EU-Reaktionen auf den Pleitestaat Griechenland führte. Das letzte dieser Gespräche (Minsk) zog sich über 17 Stunden dahin, ehe es gegen 4 Uhr Früh zu einem Abschluß kam.

Ein Unterschied zu den Spitzensportlern besteht freilich darin, daß die Auswirkungen eines politischen Versagens nicht unmittelbar, sondern meistens erst später erkennbar werden. Ein weiterer Unterschied liegt im historischen Gewicht, das eine politische Fehlentscheidung für die Bevölkerung eines Landes oder einer Staatengemeinschaft wie der Europäischen Union im Gegensatz zu einem Sporterfolg haben kann. Aus diesem Grund ist die Frage, welche Qualität politischen Entscheidungen beizumessen ist, die unter großer psychischer oder physischer Belastung getroffen werden, eine

Sache von großer Bedeutung. Zu prüfen ist vor allem die Entscheidungsqualität im Zustand totaler Übermüdung.

■ Schlafentzug wirkt wie Trunkenheit

Studien über die neuropsychologischen Mechanismen des Versagens zeigen, daß lange Phasen von Schlaflosigkeit einen Dauerstress für Körper und Seele bedeuten. So ist etwa ein Schlafentzug von 17 Stunden mit einem Alkoholspiegel von 0.5 Promille im Blut vergleichbar; ein Schlafentzug von 22 Stunden entspricht bereits 1 Promille Alkohol im Blut. So, wie sich ein erhöhter Alkoholgehalt im Blut negativ auf die Reaktions- und Konzentrationsfähigkeit auswirkt, hat auch der Schlafmangel eine erhöht verzögernde Reaktionszeit zur Folge. Daß auch die Qualität von Entscheidungen unter diese Art von physischer und mentaler Belastung leidet, ist weniger bekannt, obgleich alkoholisierte Personen – (zumindest im Strassenverkehr) – ab 0,5 Promille Alkohol im Blut als nicht mehr fahrtüchtig und ab 3 Promille als unzurechnungsfähig gelten.

Es stellt sich die Frage, ob es wissenschaftliche Erkenntnisse gibt, die ein Versagen bzw. einen Qualitätsverlust in Situationen starker Ermüdung und Erschöpfung erklären. Die neuropsychologische Forschung, die sich unter anderem mit dem Erleben und Verhalten von Veränderungen im Zentralnervensystem befaßt, bietet hierzu zwei Modelle an. Dabei handelt es sich um die sogenannte „*Distraktionstheorie*“ und um die „*Theorie der Fokussierung auf das Selbst*“.

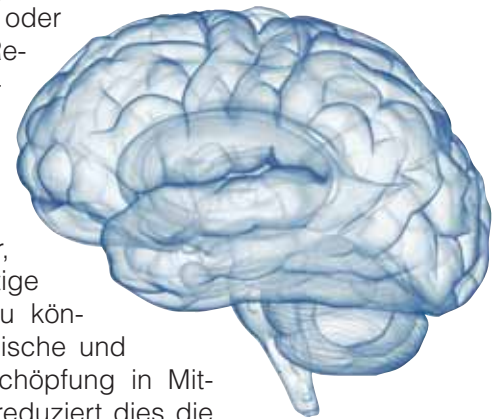
Die Distraktionstheorie besagt, daß unter physischem und/oder psychischem Stress die Aufmerksamkeit auf solche Details gerichtet wird, die für die Entscheidungsfindung beziehungsweise die Lösung eines Problems irrelevant sind. Ist einmal der Fokus der Aufmerksamkeit auf

diese wenig bis nicht relevanten Details gelenkt, leidet darunter das Arbeitsgedächtnis, das der Laie unter dem Begriff Kurzzeitgedächtnis kennt. Es ist, wie der Name sagt, für die kurzfristige Speicherung von Informationen zuständig. Darüber hinaus ist es unerlässlich für kognitive Operationen, wie beispielsweise das Lösen von mehr oder weniger komplexen Rechenaufgaben und andere bewußte, kontrollierte und strategische Denkprozesse. Das Arbeitsgedächtnis ist daher *die* Basis dafür, eine qualitativ hochwertige Entscheidung treffen zu können. Ist es durch physische und / oder psychische Erschöpfung in Mitleidenschaft gezogen, reduziert dies die Qualität der getroffenen Entscheidung. Denn der Mensch ist aus einer biologischen Perspektive betrachtet nicht in der Lage, unter Übermüdung dieselbe kognitive Leistung zu erbringen, wie im erholten Zustand. Studien aus der Verhaltensökonomie weisen nach, daß Probanden unter physischer und/oder mentaler Belastung qualitativ schlechtere ökonomische Entscheidungen treffen, als in Situationen mit geringer bzw. nicht vorhandener mentaler oder physischen Beanspruchung.

Auch von Führungskräften ist bekannt, daß Schlafmangel die Leistungsfähigkeit beeinträchtigt und in weiterer Folge den persönlichen Erfolg, aber auch den Erfolg des Unternehmens, zu hemmen vermag.

■ Stress blockiert vorhandenes Wissen

Das zweite Modell – die „*Theorie der Fokussierung auf das Selbst*“ – erklärt den Qualitätsverlust von Entscheidungen unter mentaler und physischer Belastung damit, daß Individuen unter Stress nicht mehr auf Wissensinhalte zurückgreifen





Auch die „mächtigste Frau“ der Welt ist nicht davon befreit, Übermüdungen auszuschließen. Stichwort Russlandsanktionen, vielleicht hätte ein Schläfchen davor ganz gut getan...

können, die unter normalen Bedingungen automatisiert zur Verfügung stehen. Dieses sogenannte *implizite Wissen* einer Person in Kombination mit dem „Bauchgefühl“ in einer bestimmten Situation, trägt in hohem Maße dazu bei, qualitativ hochwertige Entscheidungen zu treffen. Ist ein Mensch nun aber „abgeschnitten“ von diesem impliziten Wissen und den damit einhergehenden automatisierten

Denkprozessen, muß das Individuum auf die geistig viel fordernden kontrollierten Prozesse zurückgreifen und mitunter auf ihr sonst verlässliches Bauchgefühl verzichten. Kommen dann noch Ängste hinzu, die „richtige“ Entscheidung zu treffen,

ist das Versagen sozusagen vorprogrammiert. Folglich können Zustände chronischer Übermüdung auch für politische Profis wie Angela Merkel, die über ein breites Repertoire an Wissen, Erfahrung und politischem Feingefühl verfügen, in einer entscheidenden Situation zum Verhängnis werden.

Aus wissenschaftlicher Perspektive liegen in der physischen Überforderung von politischen Persönlichkeiten in jedem Fall Risiken und Gefahren, die nicht übersehen werden können.

Am Ende dieses kurzen Überblicks über die neuropsychologischen Aspekte der Entscheidungsfindung steht die Empfehlung, in unvermeidbare Marathonsitzungen in regelmäßigen Abständen Erholungspausen einzubauen. Besser noch wäre es, Sitzungen zum Zweck der Erholung sogar für mehrere Stunden zu unterbrechen. Die Entscheidungsqualität einer Konferenz sollte einen prinzipiell höheren Stellenwert haben als der Terminkalender. ■

Mag. Dr. Sabine Ritter

Mag. Dr. Sabine Ritter hat sich nach ihrem Studium an der Salzburger Paris Lodron-Universität als klinische Neuropsychologin auf den Bereich der Krankheitsbewältigung von Depressionen und psychologische Diagnostik spezialisiert. Ihr beruflicher Hintergrund ist gekennzeichnet durch die Teilnahme an zahlreichen Forschungsprojekten, wissenschaftlichen Auslandsaufenthalten (USA, Irland, Israel, Frankreich) sowie zahlreichen Vorträgen und Veröffentlichungen. Dr. Ritter betreibt in Linz eine psychologische Praxis.





PARTEIENSTAAT, DEMOKRATIE UND FÖDERALISMUS

von Wilhelm Brauneder

Der Drang nach Demokratie, der schließlich in der Revolution 1848 gipfelte, wurzelte in der steigenden Bildung etwa durch Lesevereine. Dem entspricht heute das Fernsehen mit u. a. Talk-Shows, Politikerinterviews, sozialkritischen Kriminalsendungen, Berichten über Themen rund um den Globus, aber auch mit unpolitischen Sachthemen populärwissenschaftlicher Natur; eine Wissensflut unterschiedlicher Güte ergießt sich heute über alle "Stände". Dies vermag das Gefühl zu vermitteln, einen großen Fundus an Wissen zu besitzen, der - nicht ganz zu Unrecht - auf manche Politiker herabblicken läßt. Den Zugang dieses Medienbildungsbürgertums zur Partizipation an der Politik engen aber Institutionen ein und verwehren vor allem die Politischen Parteien: Nur über sie gelangt man in Vertretungskörperschaften. Tatsächlich mediatisieren sie den politischen Willen durch ihre Kandidatenliste in nicht unähnlicher Weise wie in historischer Zeit die indirekte Wahl durch Wahlmänner, wenngleich vom System her wenig anderes vorstellbar ist. Die kurzfristig von Jörg Haider 1994/95 für die Kandidatenaufstellung der FPÖ vorgesehenen Wahlkonvente auch mit Nicht-Parteimitgliedern scheiterten an der Parteienrealität. Die periodische Abgabe von Wahlzetteln in der Wahlzelle verstehen aber offenbar Teile des Medienbildungsbürgertums als zu wenig Anteil an der Demokratie: "Alles Recht geht vom Volk aus"

wird nicht mehr so ganz geglaubt. Direkt, d. h. vorbei an den Hemmnissen von Institutionen und politischen Parteien, d. h. ohne (diesen) Umweg soll sich Demokratie verwirklichen. Zu einem an sich merkwürdigen Phänomen gerät der Umstand, daß Mandatare der repräsentativen Demokratie – Abgeordnete auf Bundes- und Landesebene – sich für diesen Weg an ihnen vorbei einsetzen. Damit zweifeln sie prinzipiell besehen jenes System an, das sie vertreten müssen. Wieso konnten eigentlich die gewählten Volksvertreter nicht wissen, wie "das Volk" zur allgemeinen Wehrpflicht steht, sondern mußten dies erst erfragen? Das "Volk" weiß es also besser als sie, seine Vertreter?

■ Wie persönlich ist der Kontakt zum Wähler?

Dies entspricht der Realität: Wer kennt schon im Wahlkreis einen "seiner" Abgeordneten? Jene, die über Landes- oder Bundeslisten in den Nationalrat kommen, kann man dieses Etikett ohnedies kaum umhängen. Wie tritt der Abgeordnete in den Zeiten zwischen den Wahlen im Wahlkreis auf, wie erfährt er vor Ort von den Anliegen der Wähler bzw. die Wähler von seinen Ansichten, Ambitionen, Plänen? Die Volksanwälte pflegen reihum auf den Bezirkshauptmannschaften Sprechstunden abzuhalten; und die Volksvertreter? Was bedeutet



Kennen Sie einen Ihrer Wahlkreis-Abgeordneten?



Grund zum Lachen: Hat doch das Wahlvolk keine Entscheidungskraft bei der Koalitionsfindung.

dem Wähler eigentlich die Wahl? Für die politischen Parteien ist es einmal die Aufteilung der Mandate, sie hat der Wähler vorgenommen. Dies ist Grundlage für weitere politische Entscheidungen, etwa die Regierungsbildung: Diese aber sind den Wählern bereits weit entrückt. Sie haben keinen Einfluß darauf, ob A mit B oder B mit C oder B mit D und E eine Regierung bilden. So kann beispielsweise nach der niederösterreichischen Gemeindeordnung der erste Vizebürgermeister bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen von einer kleinen Partei kommen, die zweitstärkste "sieht durch die Finger". Ähnliches Jonglieren bringt Splitterparteien in Stadträte und Landesregierungen und verfälscht das Verhältnis von Wahlergebnissen. Ab der Wahl Bahn frei für den Erhalt der Macht der politischen Parteien oder ein bißchen Mitnaschen an derselben. Angesichts dieser Situation verwundern sinkende Wahlbeteiligungen nicht. Tatsächlich liegt etwas im Argen mit der repräsentativen Demokratie.

■ "Rechte der Mitglieder" – unbekannt

Dies betrifft auch die Parteien, da sie -

siehe sogleich - Bestandteil der demokratischen Staatsordnung sein sollen, und zwar in zweierlei Weise: erstens in Hinblick auf ihre innere Struktur, zweitens in Hinblick auf die Teilnahme an der staatlichen Demokratie. Welches Defizit hier in Österreich besteht, offenbart ein Vergleich des Parteiengesetzes 1975 mit seinem wohl offenkundigen Vorbild, dem bundesdeutschen Parteiengesetz 1967. Die Grundbestimmungen sind nahezu identisch. Die Politischen Parteien "sind wesentliche Bestandteile der demokratischen Ordnung der Republik Österreich", in der Bundesrepublik Deutschland "ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung". In beiden Staaten obliegt ihnen "die Mitwirkung an der politischen Willensbildung". Das bundesdeutsche Gesetz ist allerdings mit 40 Paragraphen wesentlich ausführlicher als das österreichische mit deren 16. Nach jenem geht die "Rechtsstellung als Partei" sogar verloren, "wenn sie sechs Jahre lang weder an einer Bundestagswahl noch an einer Landtagswahl" teilgenommen hat (mangels Volkswahl fehlt die Bundespräsidentenwahl). Das österreichische Gesetz legt den Parteien keinerlei derartige Verpflichtungen auf, kennt daher keine derartige Sanktion. Viel gravierender ist jedoch Folgendes: Das bundesdeutsche Gesetz enthält zum Teil sehr ausführliche Paragraphen und Bestimmungen über die "Innere Ordnung", während das österreichische Gesetz an diesem Ort in die Parteienfinanzierung regelt. Die innere Ordnung betrifft bloß ein Absatz! "Rechte der Mitglieder" wie im bundesdeutschen Gesetz sind unbekannt.

■ Fernsehen pflegt "Führerkult"

Aber nicht nur die Gesetzeslage geht an Interessen des medialen Bildungsbürgertums vorbei, son-



dern die Medien selbst. Das Fernsehen pflegt einen "Führerkult": Der Spitzenkandidat, der Parteichef wird den Zuschauern vorgeführt, nicht etwa ein Team, ein Schattenkabinett. Damit leistet es einen Beitrag zur politischen Unbildung in Einklang mit den Wahlplakaten: Nicht um das Parlament scheint es zu gehen, sondern um den künftigen Regierungschef oder einen Oppositionschef.

Selbst der Föderalismus - ein an sich eigenes Kapitel - scheint vom Parteienstaat vereinnahmt. Neun Landesparlamente, neun Landesregierungen und andere Gremien mit Personal, von Förderungen gar nicht zu sprechen. Dabei geht es kaum um spezifische Landeseigenarten, sondern um Parteidominanz: traditionellerweise "schwarzes" Land, "rotes" Land. Föderalismusreform ist daher nie ein echtes Thema, für den Österreich-(Verfassungs-)Konvent war es ausdrück-



lich tabu. Denn im überkommenen föderalistischen Gefüge haben sich die Parteien zu ihrem Nutzen wohl eingerichtet, übrigens auf Kosten des Bundes, ohne ihre Landesbürger mit Landessteuern zu behelligen. ■

Das Fernsehen konzentriert sich auf die Spitzenkandidaten. Aber geht es in der Politik wirklich nur um die Persönlichkeiten und nicht auch um die Programme?



Univ.Prof. em. Dr. Wilhelm Braunereder

Univ.Prof. em. Dr. Wilhelm Braunereder leitete bis 2011 das Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte der Universität Wien, absolvierte Gastprofessuren an mehreren ausländischen Hochschulen und verfaßte neben einer Vielzahl von Fachpublikationen das Lehrbuch „Österreichische Verfassungsgeschichte“. Politisch war Prof. Braunereder u.a. als Experte bei Parlamentsenqueten zu Fragen des Föderalismus und der parlamentarischen Kontrollrechte tätig. Er war Mitglied im EU-Konvent zur Erarbeitung eines Grundrechtskatalogs, Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses und wurde schließlich zum Dritten Präsidenten des Nationalrats (1996 – 1999) gewählt.

lich zum Dritten Präsidenten des Nationalrats (1996 – 1999) gewählt.



KR. Alois Gradauer
bei einer Erklärung
seiner Partei zur
Wirtschaftspolitik.

DER BLICK HINTER DEN PARLAMENTARISCHEN VORHANG

Erinnerungen und Erfahrungen eines Managers aus 30 Jahren Politik

Andreas Kirschhofer (Attersee.Report)
über ein Gespräch mit Alois Gradauer

Als wir uns zusammensetzten, um über die Politik als Erlebniswelt zu reden, hatten die beiden Altparteien gerade ihre Gründungsväter gebührend gefeiert und sich ihrer langen Wege in die gedankliche Vergreisung erinnert. Inzwischen hat sich der Weihrauch für das verklarte Damals und den einstigen Elan der Nachkriegszeit verflüchtigt. Die Realität ist wieder eingezogen in die Ministerien, Parteisekretariate und Redaktionsstuben. Man diskutiert wieder über das, was man seit vielen Monaten oder Jahren vergeblich zu lösen versuchte, wiederholt in der Monotonie tibetanischer Gebetsmühlen gleichbleibende Argumente, deklamiert Bildungsfreudigkeit, Leistungsbereitschaft, Fortschrittlichkeit und die Notwendigkeit von Strukturreformen, ohne sich dabei um einen Milli-

meter in Richtung Zukunft zu bewegen. Das mit Wollust verkündete Nein des Lehrgewerkschaftlers Neugebauer zur Mehrarbeit von zwei Wochenstunden und der mediale Kotau vor seinem selbstherrlichen Gestus sind zugleich eine beklemmende Zustandsbeschreibung unserer politischen Verhaltenskultur. Die politische Szene Österreichs vermittelt ganz allgemein den Eindruck eines erloschenen Vulkans. Vom Feuer, das in einer idealisierenden Deutung einst aus seinem Inneren loderte, blieb nur erstarrte Lava.

Wie groß ist in einem solchen Klima die Verlockung, in der Politik tätig zu werden?

Anlaß für mein Gespräch mit Alois Gradauer war simple Neugier. Daran nämlich, was einen erfolgreichen Manager, der

sich mit leidenschaftlicher Begeisterung für seinen Kaufmannsberuf in die Chefetage eines österreichischen Großhandelskonzerns mit 3000 Mitarbeitern und einem Umsatz von ca 1,3 Milliarden € hochgearbeitet hatte und dem Unternehmen später noch zehn Jahre lang als Aufsichtsrat zur Verfügung stand, dazu trieb, sich auch als Volksvertreter zu engagieren.

In unsrer Unterhaltung enthüllte sich das Bild eines Menschen, dem es die Natur in die Wiege gelegt hatte, die Umwelt kritisch zu betrachten, Dinge zu verbessern und sich mit Mißständen nicht abzufinden. Das angeborene kritische Bewußtsein und das Gefühl, etwas zum Vorteil der Gemeinschaft tun zu müssen, war das eigentliche Motiv, sich zunächst auf kommunaler Ebene in Kirchberg-Thening, später als stellvertretender Landesparteiobermann und schließlich als Nationalratsabgeordneter politisch zu betätigen.

Warum eigentlich gerade bei den Freiheitlichen? Die Antwort auf meine Frage war knapp und klar: „Weil diese Partei am meisten meiner bürgerlich-liberalen Grundhaltung entspricht und weil sie nach meiner Überzeugung am entschlossensten gegen Mißstände ankämpft“.

■ Laufsteg der Ärgernisse

Ich wollte von Alois Gradauer wissen, was ihm an der heutigen Situation nicht paßt und stieß auf ein ganzes Arsenal von Unbehagen. Was den Kaufmann in seinem unternehmerischen Denken ganz besonders zornig macht, sind 300 Mrd. Staatsschulden, für die der Steuerzahler 8 Mrd. Zinsen zu zahlen hat („...Jeder Bürger hat 32 000 € Staatsschulden im Rucksack“),

daß jeder zweite verdiente Euro an den Staat geht und daß der Staat seit Bestehen der 2. Republik ganz allgemein mehr ausgibt als einnimmt. Dazu gesellt sich der tiefe Verdruß an der Staatsstruktur, die nach Gradauers Überzeugung längst nicht mehr zeitgerecht ist. „Wir verwalten uns doppelt und dreifach; die vielen gesetzgebenden Körperschaften blockieren sich gegenseitig und kosten viel Geld“, grollt der Manager. Außerdem: „Förderungen sprudeln doppelt und dreifach. Eine Hand weiß nicht mehr, was die andere ausgibt. Und niemand tut etwas gegen die Mißwirtschaft; alle Mahnungen werden in den Wind geschlagen; die Regierenden regieren nicht; es gibt keine Großreformen...“

Man schläft weiter, ist untätig, schlägt sich auf Nebenschauplätzen wie etwa der Frage eines Verbots von mageren Models oder dem gendering der Bundeshymne.

Gradauer erinnert an das Beispiel Schwedens, das 1980 die Staatspleite genutzt und kräftig reformiert hat: „Schweden hat die Anzahl der Gemeinden auf 297 reduziert, obwohl das Land wesentlich größer ist als Österreich mit seinem Übermaß an 2400 Kommunen. Entscheidend ist, daß sich die Schweden mit einem einzigen Gesetzgeber begnügen, wir hingegen haben drei, nämlich Bezirkshauptmannschaften, Land und Bund. Das ist ein enormer administrativer Mehraufwand“.

Auch die Schweiz könne mit ihren typischen Merkmalen (knappe Bundesbehörden, starke Kantone, direkte Demokratie, geringe Verschuldung, effizienter Einsatz des Steuergeldes) seiner Meinung nach als Vorbild dienen.

Unsere Regierung ist nach Ansicht des ehemaligen Politikers nicht gewillt und in der Lage, das Chaos zu beenden. „Man schläft weiter, ist untätig, schlägt sich auf



Nebenschauplätzen wie etwa der Frage eines Verbots von mageren Models oder dem gendering der Bundeshymne. Derweil wird die Finanzsituation immer schlimmer, die Unzufriedenheit der Wähler immer größer“.

Und dann ein bitteres Resümee: „Ich habe als Abgeordneter immer versucht, den Übelständen entgegenzuwirken, auf Fehlentwicklungen hinzuweisen und Vorschläge zur Verbesserung zu unterbreiten, aber ohne Erfolg. Als Oppositionspolitiker hat man gegen rot/schwarz keine Chance, etwas zu verändern. Unsere Anträge werden nicht einmal angesehen, sondern auf St.Nimmerlein vertagt. Das war für mich auf Dauer unerträglich und letztlich der Grund, nicht mehr zu kandidieren und mich aus der Politik zurückzuziehen“.

Auch die ehemalige Magna-Managerin und Stronach-Abgeordnete Kathrin Nachbaur hatte sich kürzlich in ganz ähnlichen

// Als Oppositionspolitiker hat man gegen rot/schwarz keine Chance, etwas zu verändern.

Worten über die geringen Chancen der Oppositionsparteien beklagt. Jeder Vorschlag, mag er auch noch so konstruktiv sein, werde reflexartig von der Regierung abgelehnt. In der Wirtschaft gehe man offen an ein Problem heran, in der Politik werde alles zerredet, wobei die Medien ihren Anteil haben, indem

sie die regierungskritischen Parteien demontieren und zugleich zum Machterhalt des Systems beitragen.

■ Wie funktioniert Demokratie?

Damit waren wir am Kernpunkt meiner Neugier als Beobachter der politischen Szene angelangt: Was ist falsch an unserem parlamentarischen System, warum wird auf hoher politischer Ebene so viel Leerlauf produziert, wie funktioniert überhaupt Demokratie?

Wie ich mir aus den Antworten auf meine Fragen zusammenreimen konnte, hat Alois Gradauer während seines Politikerlebens, (prototypisch für Abgeordnete überhaupt), einen verschwenderischen und äußerst unökonomischen Umgang mit dem kostbaren Wirtschaftsgut „Zeit“ zu spüren bekommen. Um das ermessen zu können, muß man sich ein paar Tatbestände vor Augen führen, die das Leben eines Parlamentariers bestimmen.

Der Nationalrat tritt während der Sitzungsperiode (sie verläuft gleichauf mit den Schulzeiten) an 2-3 Tagen im Monat zu Plenarsitzungen zusammen, die sich häufig bis tief in die Nacht hinein ziehen. Abgesehen von den Plenarsitzungen finden etwa viermal im Monat Ausschusssitzungen statt. Im Hintergrund dieser Präsenzen stehen die Vorbereitungen auf die Diskussionen im Plenum und die Absprachen im jeweiligen Klub. Dabei kommt es



zu zeitlichen Leerläufen, die das Leben eines Mandatars extrem belasten und eine konstruktive politische Arbeit behindern. Als besonders gefürchtete Zeitfresser nannte Gradauer die endlosen und unproduktiven Diskussionen zu Fragen der Geschäftsordnung im Hinblick auf aktuelle Stunden oder Sitzungen zu dringlichen Anfragen. Das derzeitige Gezerre um die geschwärzten Unterlagen für den Hypo-Untersuchungsausschuß ist ein aktuelles und ganz besonders verabscheuungswürdiges Beispiel, weil es abgesehen von der Zeitverschwendung mit einem Problem zusammenhängt, das einen Nerv unserer demokratischen Ordnung trifft, nämlich die Transparenz von politischen Abläufen. *„Niemand fragt bei uns nach den Verursachern eines politischen Frevels“,* poltert Gradauer, *„niemand fordert Konsequenzen, niemand trägt persönliche Verantwortung...“*

In der Tat – die Finesse des Vertuschens hat hierzulande eine erschreckende Perfektion erreicht; der Wähler erfährt nur einen Teil von dem, was sich insbesondere in Wien hinter glatten Fassaden abspielt. Wo sind die Korrektive, überlege ich im Stillen, wo bleiben die Medien, um Licht in das Dunkel zu bringen, anstatt das, was ihnen von den Inhabern der politischen Macht vermittelt wird, unreflektiert an ihre Leser, Hörer und Zuschauer weiterzugeben? Wo eigentlich blieb in der unmittelbaren Vergangenheit der zornige Ruf nach dem Pranger, um das skandalöse Schwärzen von Akten, die schließlich einem demokratischen Zweck dienen, öffentlich zu geißeln?

Sollten die Medien in bestimmten staatspolitischen Belangen ihre Aufgabe nicht



eher darin sehen, die Opposition zu unterstützen, anstatt den Regierenden eine notorische Freundschaft zu erweisen?

■ Außerparlamentarische Pflichten

Wir kommen in unserem Gespräch noch zu einem anderen Thema, das zum Dasein eines Abgeordneten gehört, – sein politisches Leben außerhalb des Hauses am Ring.

Es entspricht dem Rollenverständnis eines Mandatars, daß er nicht nur im Parlament seine analog dem Stimmenanteil seiner Partei festgelegten Redezeiten absolviert und zum richtigen Zeitpunkt seine Zustimmung oder Ablehnung von Gesetzesvorlagen kundtut. Er muß auch in seinem Wahlkreis Kontakt zur Bevölkerung halten und sich in das dortige Geschehen einbinden.

/// Niemand fragt bei uns nach den Verursachern eines politischen Frevels, niemand fordert Konsequenzen, niemand trägt persönliche Verantwortung.

Der außerparlamentarische Alltag besteht aus einem bunten Mosaik von Pflichten wie etwa der Teilnahme an einem Feuerwehrfest zur Einweihung eines neuen Löschzugs, der Eröffnung von Kindergärten, Amtsgebäuden, Büros, dem

Besuch von Diskussions-, Ball-, oder Sportveranstaltungen, der Überreichung von Pokalen oder Fußbällen, sowie der Abhaltung von politischen Referaten. Alois Gradauer hat einmal in einem einzigen Jahr 264 derartige Verpflichtungen erfüllt. Verzichte und Absagen sind schwer möglich, ohne einen politischen Sympathieverlust in Kauf zu nehmen.

Es liegt an der enormen Dichte dieser Aufgaben, daß ein aus der Wirtschaft stammender Mandatar praktisch keine Chance hat, neben der Politik noch seinem Beruf nachzugehen. Eine Möglichkeit dazu haben nur die von ihrem Hauptberuf freigestellten und mit Rückkehrrecht ausgestatteten Beamten. Vor allem aber hat er trotz Ehrgeiz und Ideen wenig Chancen, in der Politik unternehmerische Impulse in die Tat umzusetzen.

■ Die Mündigkeit der politischen Entscheider

Noch etwas ist zu bedenken, nämlich die Schwierigkeit eines Abgeordneten, sich unter der oft erdrückenden Last von Aufgaben und Terminen ausreichend über Sachfragen zu unterrichten, um politisch urteils- und entscheidungsfähig zu sein. Alois Gradauer ließ in unserem Gespräch keinen Zweifel daran, daß die Informati-

onsaufnahme am Ende eines Arbeitstages viel Kraft kostete und manchen Verzicht auf Privatleben und persönliche Neigungen bedeutete.

Besondere Brisanz hat das gegenständliche Problem bei Politikern, die auf Bundes- oder Landesebene als politische Hauptdarsteller Entscheidungen zu treffen haben, nebenher aber

noch bis zu zehn verschiedene Termine pro Tag absolvieren müssen. Dem stereotypen und routinemäßigen Lächeln der politischen Stars im Fernsehen oder auf Zeitungsseiten sieht man nicht an, daß sie zum Zeitpunkt des Klickens der Kamera bereits ungeduldig an den nächsten Auftritt dachten. Was aber ist von Menschen in Führungspositionen zu erwarten, die ruhelos von einem Termin zum anderen hasten und zwischendurch ihr Ja und Amen zu oberflächlich diskutierten Maßnahmen geben, die dem Steuerzahler später womöglich teuer zu stehen kommen?

Es wird viel davon gesprochen, daß ein funktionierendes Gemeinwesen den mündigen Bürger erfordert. Eine Gegenfrage drängt sich auf, die sich sicherlich auch Alois Gradauer insgeheim stellte, als er sich verdrossen zurückzog: „Wie mündig sind eigentlich die Politiker?“ ■

Wie mündig sind eigentlich unsere Politiker?

Repräsentanten der Wirtschaft wie Elmar Podgorschek (links) und Alois Gradauer oder Familienmütter wie Anneliese Kitzmüller stellen in jedem Nationalrat eine Minderheit gegenüber der erdrückenden Mehrheit der Abgeordneten aus Staatsdienst oder Interessensvertretungen dar.





DIE UNREPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE

Genau genommen, ist das, was wir als Repräsentative Demokratie bezeichnen, eine Verlegenheitslösung, nachdem die Marktplätze zu klein geworden sind, um alle Bürger dort zu versammeln und gemeinsam abstimmen zu lassen, wie es im alten Griechenland geschehen ist. Auch sonst hat die heutige politische Praxis nicht mehr viel mit Namen wie Solon, Kleistenes oder Perikles zu tun. Dazu sind die äußeren Umstände zu verschieden geworden.

Das athenische Staatswesen kennzeichnete eine Gesellschaft, die aus maximal 45 000 Personen mit Bürgerrechten (das waren die Männer) bestand und zu knapp der Hälfte der Zahl in den beiden „urbanen“ Zentren Athen und Piräus lebte. Der etwas größere Teil der Bevölkerung war in dörflichen Gemeinschaften ansässig. Nicht mehr vorstellbar ist es für uns, daß damals, - rund 500 Jahre v.Chr. -, die Bürger alle neun bis zehn Tage zusammenströmten, um unter freiem Himmel über Krieg und Frieden, Finanzfragen, Gesetzgebung oder öffentliche Baumaßnahmen abzustimmen. Die heutigen Verfechter einer direkten Demokratie übersehen oft, daß bei diesen Massenversammlungen keineswegs alle Bürger zu Wort kamen. Zusammenkünfte von mehreren hundert oder gar tausenden von Menschen sind nicht mehr diskussionsfähig.

In unserer modernen, von sehr viel Argwohn begleiteten Form der Demokra-

tie werden die Sachentscheidungen als Alternative zum attischen Modell nicht unmittelbar durch das Volk selbst, sondern stellvertretend dafür von gewählten Abgeordneten getroffen. Das Staatsvolk wird also durch Parlamentarier repräsentiert, ohne daß man dabei von einer Vertretung im statisch repräsentativen Sinne sprechen könnte. Im Gegenteil: Die Zusammensetzung der Abgeordneten unterscheidet sich von der Struktur der Gesamtbevölkerung statistisch in markanter Weise nach Alter und Geschlecht, vor allem aber nach dem beruflichen Hintergrund:

- *Nur 31 Prozent der österreichischen Nationalratsabgeordneten sind Frauen, 69 Prozent hingegen Männer; in der Gesamtbevölkerung haben die Frauen aber ein zumindest leichtes Übergewicht von 52:48 Prozent.*

- *Das Durchschnittsalter der Parlamentarier liegt bei knapp 50 Jahren, in der Allgemeinbevölkerung beträgt es 43,3 Jahre. Die Österreicher sind im Schnitt somit rund 6-7 Jahre jünger als ihre Abgeordneten. Dazu ist anzumerken, daß sich das Alter der Mandatäre seit dem Zusammentritt des ersten Nationalrats im Jahr 1920 kaum verändert hat. Es lag damals im Schnitt bei 47,6 Jahren. Das Alter der Gesamtbevölkerung ist hingegen seit 1950 infolge des demographischen Wandels sehr massiv (von 35,7 auf 43,3 Jahre) gestiegen.*



● Politisch zweifellos am gravierendsten ist das statistische Mißverhältnis zwischen dem Volk und seinen Vertretern unter beruflichen Gesichtspunkten: 103 der 183 Abgeordneten, somit mehr als 56 Prozent (!), sind Beamte bzw. Partei-, Gewerkschafts- oder Kammerangestellte. Nur 41 Mandatare (22 Prozent) entstammen der Privatwirtschaft oder den Freiberuflern. (Obwohl exakte Vergleiche aus Definitionsgründen bei den Berufen nicht möglich sind, ist es außer Zweifel, daß der Anteil der Beamten und Funktionäre im Parlament um ein mehrfaches höher ist als im Alltag).

Das erdrückende Übergewicht der Staatsdiener und Funktionäre wird zu recht als eine Schwäche unseres parlamentarischen Systems beklagt, denn Beamte denken und fühlen nicht nur anders, sie tragen auch eine andere politische Brille als das Gros der Bevölkerung. Besonders laut ist das Lamento über das parlamentarische Ungleichgewicht in der Wirtschaft und Industrie. Dort gäbe es in der Tat viele Persönlichkeiten, die man

sich sehr gut auch in der Politik vorstellen könnte und die ihre Sache dort wahrscheinlich besser machen würden als manche, die in der rot-schwarzen Regierung die Räder drehen.

Allerdings: Wollen die wirtschaftlichen Führungskräfte überhaupt Verantwortung für die Firma Österreich übernehmen? Die einschlägigen demoskopischen Befunde besagen das Gegenteil. Begabte junge Manager schlagen in Wirklichkeit einen weiten Bogen um die Politik, und das hat mehrere Gründe. Einer davon besteht in der materiellen Überlegung, daß man bei entsprechender Tüchtigkeit in der Industrie bzw. im Finanz- oder Versicherungswesen mehr verdient als in der Rolle eines Volksvertreters. In diesem Zusammenhang lohnt sich ein Blick auf die politische Einkommenspyramide, die durch das Bundesbezügegesetz geregelt wird und sich an einem Ausgangsbetrag orientiert, der sich jährlich durch einen bestimmten Faktor erhöht. Demnach betragen die derzeitigen



Monatsbezüge von -	
einem EU-Abgeordneten (12x im Jahr).....	€ 7 960.-
einem Nationalratsabgeordneten (14x im Jahr).....	€ 8 300.-
den 2. und 3. Nationalratspräsidenten.....	€ 14 100.-
der Präsidentin des Nationalrats.....	€ 17 440.-
dem Vizekanzler.....	€ 18 300.-
dem Bundeskanzler.....	€ 20 770.-
dem Bundespräsidenten.....	€ 23 300.-

Zu diesen Bezügen kommen noch Spensersätze und Dienstautos sowie eventuelle Einkünfte aus dem Hauptberuf.

Die Einkommen der österreichischen Politiker gelten auch im Vergleich zu denen aus anderen westlichen Wohlfahrtsländern als üppig. Dennoch wirkt der Monatsbezug eines Nationalratsabgeordneten für einen Manager von Rang nicht unbedingt verlockend. Was die wirtschaftlichen Führungskräfte vom Einstieg in die Politik aber eher noch mehr abhält als die materielle Überlegung, ist die vor einer politischen Karriere liegende „Ochsentour“, also das Hinaufdienen und Hinaufbuckeln aus zunächst untergeordneten Positionen. In dieser Phase der politischen Karriere entscheidet sich das Vorwärtkommen übrigens auch nach der Fähigkeit, im parteiinternen Ränkespiel zu bestehen. (Der Günstling mächtiger Entscheidungsträger, oder der stets Lächelnde und Pflegeleichte ist nicht immer der Geeignetste und derjenige, der auch bei den Wählern am besten ankommt).

Dazu gesellt sich bei den Managern die Scheu vor einem politischen Alltag, der aus ermüdenden Diskussionen besteht, die eigenen Ideen blockiert und damit auch Erfolgserlebnisse verhindert. Unternehmer sind nun einmal Typen, die etwas bewegen wollen. In der Politik haben sie dazu nur begrenzte Möglichkeiten.

Und natürlich schwingt auch der Gedanke mit, wie man den Wiedereinstieg in den alten (Haupt-) Beruf schafft, wenn



Was soll (wie hier im Bild) eine erfolgreiche Managerin in die Politik bewegen?

es mit der Politik, die für Abgeordnete ja eigentlich ein Nebenjob ist, aus irgend einem Grund nicht klappen sollte.

Die verständlichen Vorbehalte junger Talente aus Wirtschaft und Industrie gegenüber der Politik können letztlich aber ein staatsbürgerliches Postulat zu der Causa nicht entkräften: Wer eine Verbesserung der politischen Qualität fordert, muß auch bereit sein, aktiv dazu beizutragen. Der Austausch des Unbehagens unter Kollegen und Geschäftspartnern oder die flammenden Bekundungen des politischen Verdrusses im Rahmen interner Versammlungen mit anschließendem Gedränge am Buffet sind zu wenig. ■

Empiricus

Apropos:

”

Es ist leichter, einen Atomkern zu spalten als ein Vorurteil.

(Albert Einstein)

“

DIE MACHT DER REDE



Der Erfolg eines Politikers wird häufig seiner Fähigkeit zugeschrieben, mithilfe der Redekunst die Massen für sich zu gewinnen. Als große Redner galten im Altertum u.a. Perikles oder Cicero, in neuerer Zeit Männer wie Winston Churchill, Helmut Schmidt („Schmidt Schnauze“) oder auch Barack Obama. Nicht zu vergessen ist natürlich die rednerische Massenwirkung von Diktatoren wie Lenin, Trotzki, Mussolini oder Hitler. Es ist außer Zweifel, daß Hitler seinen Aufstieg nicht etwa seinem zwar weit verbreiteten, in Wirklichkeit aber kaum gelesenen Buch „Mein Kampf“, sondern vielmehr seinem rhetorischen Vermögen verdankte.

Einige historische Reden erlangten Berühmtheit wie etwa die Leichenrede Marc Antons gegen den Caesar-Mörder Brutus, Bismarcks Verkündung: „*Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt*“, oder Leopold Figls Weihnachtsrede nach dem Kriegsende, als er der friedenden und hungernden Bevölkerung erklärte, ihr nichts geben zu können außer den Glauben an Österreich.

Politische Reden können mit verschiedenartigen Zielsetzungen erfolgen: Verteidigen einer bestimmten Überzeugung, Umstimmen des Publikums zur eigenen Auffassung, Belehren, Beeindrucken vom eigenen Sachwissen, Widerlegung von Gegenmeinungen, Gewinnen von Sympathien bei einer bestimmten Zielgruppe etc. Manche Politiker, wie etwa der EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, bauen in ihre Rede gern eine kleine Erzählung ein („...*kürzlich wurde ich von einem Kind gefragt....*“), andere (vor allem Amerikaner) operieren mit dem Einbau von kleinen Witzchen oder Anekdoten, wieder andere spulen Fakten, Zahlen, Daten herunter, um ihre Zuhörer zu beeindrucken.

Freie Ansprachen an das Volk waren früher, als es noch keine Mikrophone gab, nicht nur eine Sache geschliffener Argumente, sondern der stimmlichen Kraft. Politiker glaubten, das gewöhnliche Volk vor allem mit ihrer Lautstärke überzeugen zu können.

Nicht nur an den Mikrophenen, sondern ganz allgemein an der modernen Kommunikationstechnologie liegt es, daß längere Reden heutzutage vor allem vor

dem eigenen Publikum stattfinden. Wahlveranstaltungen werden, wie man seit Paul Lazarsfelds berühmter Studie „*The peoples choice*“ (1940) weiß, nur selten vom politischen Gegner besucht, es sei denn, man wollte sie stören. Reden dienen demgemäß vor allem der Verfestigung von Überzeugungen im eigenen Mitgliederkreis, nicht der Verkündung neuer Konzepte. Eine Sonderstellung nehmen die Weihrauchreden zu festlichen Anlässen oder moralisierende Ansprachen des Bundespräsidenten ein, in denen sich symbolhaft ein erhobener Zeigefinger widerspiegelt.

**Wann`st reden
willst, dann steh
auf, sonst siagt ma
di ned, red laut,
sonst hört ma di net
und red kurz, sonst
mag ma di net.**

In der Regel werden die in der ersten Reihe stehenden Politiker von der Bevölkerung am Bildschirm erlebt, entweder als Interviewpartner von TV-Journalisten, oder in Talk-Shows mit anderen Personen, bei denen keine Monologe alten Stils, sondern Diskussionsbeiträge geliefert werden. Allein daraus ergibt sich, daß sprachliches Pathos heute weniger gefragt ist als Schlagfertigkeit, Argumentationsfähigkeit, sowie die Vermittlung von Sympathie und Persönlichkeitsstärke. Unter den modernen Rahmenbedingungen muß der Politiker eher auf aktuelle Problemstellungen (Schuldenkrise, TTIP, Energieversorgung, Migrationsprobleme etc.) reagieren, als daß er zündende Ideen für große soziale Reformen auftischen könnte.

Gebrüllt wird jedenfalls vor allem noch in Wahlveranstaltungen oder auf Parteitagen, nicht mehr so sehr im Parlament (wenn man von den lautstarken Zwischenrufen absieht). Manche rhetorischen Erfolge können sogar mit leiser Stimme erfochten werden. Als klassisches Beispiel dafür darf das TV-Duell

zwischen Bruno Kreisky und Josef Taus im September 1975 gelten, als der gefuchste Kanzler dem noch unerfahrenen Neuling Taus mit sonorer Stimme und in aller Ruhe den politischen Konversetzte, von dem sich der ÖVP-Kandidat dann nicht mehr erholen sollte.

Ungeachtet der veränderten Rahmenbedingungen für die Wortgefechte können einem Redner wissenschaftliche Erkenntnisse

über die Informationswirkung von Nutzen sein, die vorwiegend aus der angelsächsischen und deutschen Kommunikationsforschung stammen.

Bedeutung für Überzeugungsversuche hat vor allem die Frage, wie man mit politischen Gegenmeinungen umgeht. Experimentelle Überprüfungen besagen, daß es dabei in erster Linie auf die Bildungsstruktur des Publikums ankommt. Bei einer Zuhörerschaft, die überwiegend aus einfach gebildeten Menschen besteht, empfiehlt sich eine einseitige Argumentation, nämlich die ausschließliche



Darstellung des eigenen Standpunkts. Bei einem höherschichtigen Publikum ist die Chance, zu überzeugen, hingegen größer, wenn man neben der eigenen Meinung auch die des politischen Gegners ins Spiel bringt und entkräftet. Allein die Erwähnung, daß es zur eigenen Auffassung eine Gegenmeinung gibt, die jedoch wenig taugt, wirkt immunisierend gegen die andere Auffassung. Mit anderen Worten: Die strikte, kompromißlose Ablehnung eines gegnerischen Standpunkts, wie das zumeist in unserem Parlamentarismus geschieht, ist nicht immer die beste, vielfach sogar die verkehrte Strategie.

Weitere Erkenntnisse aus der Kommunikationsforschung:

- Bei pro- und kontra-Auseinandersetzungen ist das Argument, das das Publikum zuletzt hört, meist wirksamer. (Law of recency);
- Argumente, die am Anfang vorgebracht wurden, sind wahrscheinlich wirksamer, wenn es sich um ein neues Problem handelt;
- Bei schwach interessiertem Publikum sollen die stärksten Argumente am Anfang gebracht werden;

● Bei negativen Schilderungen von Zuständen ist Vorsicht geboten: Allzu furchterregende Aussagen stoßen bisweilen auf Ablehnung. Empfehlenswert ist es, positive Lösungen mitzuliefern;

● Zum Problem „explizite oder implizite Argumentation“ lautet die Erkenntnis, daß es besser ist, Schlußfolgerungen zu ziehen, statt sie dem Publikum zu überlassen. Also: Politische Handlungen deutlich aussprechen und den Nutzen aufzeigen, den der Angesprochene daraus ziehen kann.

● Entscheidend für den Kommunikations-erfolg ist es letztlich, den Wähler vom Warum einer politischen Maßnahme oder der Wahl einer bestimmten Partei zu überzeugen. Es ist dies wahrscheinlich jenes Problem, bei dem die meisten Fehler begangen werden.

Ansonsten hat eine politische Bauernregel, die vom ehemaligen oberösterreichischen ÖVP-Politiker Johann Blöchl aus Lasberg stammen soll, nach wie vor ihre Gültigkeit: **„Wann’st reden willst, dann steh auf, sonst siagt ma di net, red laut, sonst hört ma di net und red kurz, sonst mag ma di net“.** ■

Aki-





„ERKENNTNISSE AUS DER FORSCHUNG“

FRAGE: Was ist dran am Mitläufer- (Bandwagon-) Effekt?

BEFUND: Bei der Verwendung dieses Begriffs wird unterstellt, daß die Wähler sorgsam ihre Umwelt beobachten und sich der vermeintlich stärksten Partei anschließen, um bei den Siegern zu sein. Die Theorie ist nicht bewiesen und wird von manchen Experten, wie z.B. W. Donsbach (Dresden) bezweifelt. Donsbach hält aber einen „Fallbeil-Effekt“ für möglich, der kleine Parteien trifft und zwar dann, wenn zwischen zwei Großparteien eine Kopf-an-Kopfsituation gegeben ist und man verhindern möchte, daß eine persönlich unerwünschte Partei ans Regieren kommt.

Vieles spricht dafür, daß sich Menschen nicht danach orientieren, welche Partei gewinnt, sondern wohin die Angehörigen der eigenen „Gruppe“, der man sich zugehörig fühlt, tendieren.

FRAGE: Wer sind die Meinungsführer?

BEFUND: Es ist ein verbreiteter Irrtum, daß sich der Meinungsfluß vertikal, vom sozial Höheren zum Tieferstehenden vollzieht. Politische Beeinflussungen erfolgen horizontal, auf der gleichen sozialen Ebene. Durchgesetzt hat sich unter den vielen Meinungsführertheorien die Vorstellung eines sternförmigen Modells von „givers“ und „askers“, die im Prinzip innerhalb der eigenen Familie oder eines Kreises von Arbeitskollegen situiert sein können. Ausschlaggebend für eine Meinungsführerschaft ist (lt. Noelle) nicht der soziale Rang, sondern Fachkompetenz und Persönlichkeitsstärke. Die breite Streuung dieser Merkmale in verschiedenen Bevölkerungsgruppen macht es dem politischen Marketing sehr schwer, die entsprechenden Meinungsführer zu erkennen und gezielt anzusprechen. Der Anpreisung von Meinungsführer-Strategien durch politische Berater sollte man daher mit größter Skepsis begegnen.

FRAGE: Welchen Stellenwert haben Emotionen in der Politik?

BEFUND: Die moderne Psychologie hat nachgewiesen: Nichts, was wir denken, ist emotionsneutral, alles ist in irgend einer Weise affektiv. In der Politik dienen Emotionen der Informationsvermittlung und dem „Verkauf“ von Sachfragen, ähnlich wie im wirtschaftlichen Marketing. Wer das 1x1 der Emotionen beherrscht, verkauft mehr. Das gilt auch für die Politik.

FRAGE: Welche Bedeutung haben die Spitzenkandidaten für den Wahlerfolg?

BEFUND: Die Chance von Spitzenpolitikern, ein Konzept symbolhaft zu verdeutlichen, ist grundsätzlich als hoch zu veranschlagen. (Zur Illustration „Rabab-Kamitz-Kurs“ in den 50er Jahren; „Die eiserne Lady“/M.Thatcher; „Glasnost“ und „Perestroika“/ Gorbatschow; „Der Wiedervereinigungskanzler“ / H. Kohl etc).

Die damaligen Spitzenkandidaten zur Nationalratswahl 2008.



Viele Menschen wenden sich einem Spitzenkandidaten nicht wegen seiner Sympathieanmutung zu, sondern weil sie sich von seiner Wahl unbewußt einen persönlichen Nutzen für ihre Lebenslage bzw. für eine Reduktion ihrer eigenen Ängste erhoffen. Der Einfluß einer Spitzenpersönlichkeit auf das Wahlergebnis kommt vor allem dann zum tragen, wenn man die Parteien in ihren Zielsetzungen nicht klar genug voneinander unterscheiden kann. In einer solchen Entscheidungsparalyse orientieren sich die Wähler an der überzeugenderen Führungspersönlichkeit, wobei nicht selten der Kontrast zum Vorgänger eine Rolle spielt. (Vranitzky profitierte z.B. von der Konturlosigkeit seines Vorgängers Sinowatz, Haider von der Blässe Stegers usw).

FRAGE: Welchen Stellenwert haben Koalitionen?

BEFUND: Die Kanzlerpartei besitzt einen notorischen Vorteil. Sie gilt im Bewußtsein der Wähler als das eigentlich bestimmende Element im Staat. Die Regierung wird von der Bevölkerung ganz allgemein so ähnlich wie ein Großunternehmen erlebt: Der Kanzler ist der Generaldirektor, die Minister sind leitende Angestellte, die dem Boss gehorchen müssen. Politische Meriten einer Regierung werden vornehmlich dem Kanzler zugeschrieben, Mißerfolge hingegen der Regierung als Ganzes.

Der kleinere Koalitionspartner hat es generell sehr schwer, aus dem Schatten der Kanzlerpartei herauszutreten und sich durch eigene Vorzüge erkennbar zu machen. Der „Juniorpartner“ befindet sich in einer ständigen Zerrsituation zwischen der Loyalität zur Koalitionspartei und der Behauptung einer eigenständigen politischen Linie. Eine Profilneurose ist, wie es sich am Beispiel der ÖVP erweist, bei der kleineren Regierungspartei

tei förmlich einprogrammiert. Dazu kommt der Zweifel am staatspolitischen Nutzen einer Dauerkoalition. Die enge rot-schwarze Partnerschaft war für Österreich nur in der unmittelbaren Nachkriegszeit von Nutzen, als es darum ging, die Interessen des Landes vor dem Staatsvertrag gegenüber den Besatzungsmächten gemeinsam zu vertreten. In der Folge führte das Proporzdenken zu einer Aufteilung von Einflußbereichen und Pfründen und überdies zu Entscheidungsparalysen, folglich zum Stillstand.

FRAGE: Welchen politischen Profit bringt der Hang zur Mitte?

BEFUND: Die rot-schwarze Langzeitpartnerschaft zeigt deutliche Folgen für die Positionierung von SPÖ und ÖVP in der Wählermeinung. Beide Parteien müssen sich mit einer im Vergleich zu den Nachkriegsdekaden nahezu halbierten Wählerschaft und dem Verlust an Marktanteilen an (auch biologisch) jüngere Parteien zufrieden geben. Das liegt insbesondere bei der ÖVP an ihrer Abkehr

von ehemaligen Grundsätzen. Sie wird von einer anti-linken immer mehr zu einer anti-rechten Partei. Wer heute der ÖVP die Stimme gibt, kann nicht mehr sicher sein, eine Partei gewählt zu haben, die Prinzipien vertritt, wie man sie von einer bürgerlichen Partei erwartet. Da die ÖVP inhaltlich keine klaren Standpunkte mehr vermittelt, wird sie immer abhängiger von der Publikumswirkung ihrer Spitzenpersönlichkeiten.

Nicht unähnlich verhält es sich mit der Lage der SPÖ. Auch sie ist bestenfalls noch eine rest-sozialistische Partei und muß für ihren Profilverlust stimmenmäßig büßen. Die Aussage des römischen Dichters Ovid aus den Metamorphosen „Auf der Mitte des Weges bist du am sichersten“ hat für die Politik nur eine sehr bedingte Gültigkeit. „Mitte“ im politischen Sinn bedeutet nämlich auch dies: Nicht heiß, nicht kalt, nicht oben, nicht unten, nicht Fisch, nicht Fleisch, nicht links, nicht rechts, nicht rot, nicht schwarz, nicht blau, nicht grün – nicht wählbar. ■

Empiricus

Apropos:

”

Das Bedürfnis, zu reden, hindert nicht nur am Hören, sondern auch am Sehen.

(Marcel Proust)

“

Thomas
Rietzschel

GEPLÜNDERTE DEMOKRATIE

Die
Geschäfte des
politischen
Kartells

Für Sie gelesen:

Thomas Rietzschels „Geplünderte Demokratie“

Ein frustrierter Konservativer mit einem liberalen Appell.

Rietzschel beginnt sein Buch nicht mit einem sanften Einstieg, sondern mit einem empörenden Weckruf: „Schwindler und Wortbrüchige, Versager und Aufschneider, schlichte Dummköpfe

Belustigung zusehen.

und verschlagene Zyniker, Verklemmte und Gehemmte haben die Politik zu ihrer Sache gemacht.“ Diese Worte könnten von einem der viel zitierten „Wutbürger“ bzw. „Modernisierungsverlierer“ stammen, die von den Medien und der Politik gerne als gering qualifizierte Ewiggestrige abgetan werden. Aber sie stammen von einem Mann, der 15 Jahre lang Kulturkorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, eines der Flaggschiffe des deutschsprachigen Konservatismus, gewesen ist. Henryk Broder bezeichnete ihn als renitenten Einzelgänger, der dem Gleichstrom der Republik um Nasenlängen voraus ist. Broder verspricht nicht zu viel, denkt man sich nach der Lektüre.

Die Kosten steigen mittlerweile in den dreistelligen Milliardenbereich. Wenn alle Stricke reißen, müsse eben ein kleinerer Milliardenbetrag nachgebessert werden, erklärte Schäuble. Zu Recht fragt Rietzschel: „Ist der Mann noch bei Sinnen? Weiß er noch wie viele Millionen zu einer Milliarde gehören?“ Der deutsche Finanzminister, der in der Öffentlichkeit gerne den Zuchtmeister der linken Ikonen Tsipras und Varoufakis spielt, da beide lieber über Politik reden, als über Zahlen und Fakten, kokettiert dabei selbst gelegentlich damit, dass Rechnen noch nie seine Stärke gewesen sei.

Rietzschel empört sich weniger über die - dem Namen nach - Linken, sondern vielmehr über die - dem Namen nach - Konservativen, welche eine linke Politik betreiben. Im Kreuzfeuer von Rietzschels Kritik stehen daher auch in erster Linie Schäuble und Merkel. Die Griechenland-Rettung steht exemplarisch für diese Politik. Schäuble verkündete zunächst einen satten Zinsgewinn, ebenso wie die ehemalige, selbsternannte „Eiserne Lady“ der österreichischen Innenpolitik, Maria Fekter, von einem guten Geschäft gesprochen hat. Die wahre „Eiserne Lady“ muss diesen fortdauernden Interventionismus zugunsten eines Schuldensozialismus nicht mehr miterleben. Und ihre Bürger dürfen auch dank ihr diesem Treiben auf dem Kontinent teils mit Sorge, teils mit

Aber warum handeln Merkel und Schäuble entgegen konservativer Grundsätze? Für Rietzschel ist der Versuch des Ausbruchs aus dem politischen Hamsterrad eine mögliche Erklärung. „Der Sinn ihres Tuns erschöpft sich in der Demonstration politischen Handelns. Dafür bedurfte es unter Helmut Kohl die Einführung des Euro und unter Angela Merkel die Energiewende.“ Beides ohne wirtschaftliche Notwendigkeit, geschweige denn von einem wirtschaftlichen Nutzen. Der alternative Strom, der im Zuge der Umsetzung der Energiewende produziert wird, kostet mittlerweile 20 Milliarden Euro, obwohl er lediglich zwei Milliarden Euro wert ist. Die Eurokrise führt zu einer fortschreitenden Enteignung sowie Entmündigung von Sparern und Steuerzahlern.

Warum wird diese Vernichtung von Wohlstand und Volksvermögen als alternativlos dargestellt? Weil laut Rietzschel zahlreiche konservative und liberale Politiker Ralf Dahrendorf vergessen haben: „Man sollte seine Antwort niemals zum Dogma erheben, weil jede Antwort auch falsch sein könnte.“ ■

Gert Bachmann

Bildungen im Wandel



Volksschule 1880:

Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für 5 Kronen. Die Erzeugerkosten betragen 4 Kronen. Berechne den Gewinn!

Bürgerschule 1926:

Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für 5 Schilling. Die Erzeugerkosten betragen $\frac{4}{5}$ des Erlöses. Wie hoch ist der Gewinn des Bauern? (Rechenschieber nicht erlaubt!)

Hauptschule 1980:

Ein/e Bauer/in verkauft einen Sack Kartoffeln einem/er Kunden/in für ÖS 50,-. Die Erzeuger/innen-Kosten betragen $\frac{4}{5}$ des Erlöses. Wie hoch ist der/die Gewinn/in des/der Bauern/in ? (Keine Taschenrechner/innen verwenden!)

Gymnasium 1990:

Ein Agrarökonom verkauft eine Menge subterrainer *Solanum tuberosum* für eine Menge Geld (=g). G hat die Mächtigkeit 50. Für die Elemente aus $G=g$ gilt: Die Menge der Herstellungskosten (= H) ist um zehn Elemente weniger mächtig als die Menge G. Zeichnen Sie ein Bild der Menge H als Teilmenge G und geben Sie die Lösungsmenge X für folgende Frage an: Wie mächtig ist die Gewinnmenge?

Gesamtschule nach 2009:

Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für 50,-. Die Erzeugerkosten betragen 40,-. Der Gewinn beträgt 10,-. Unterstreiche das Wort „Kartoffeln“ und diskutiere mit deinen 15 Mitschülern aus anderen Kulturkreisen darüber. (Waffen sind dabei nicht erlaubt!).

WACHSTUM – DIE ANATOMIE EINES FRAGEZEICHENS

von Helmut Detter



*Ein grenzenloses
Wachstum ist
nicht möglich.
Das zeigen die
Naturgesetze.*

Wachstum zählt zu den attraktiven politischen Zielen und Versprechen. Aber über dem Begriff steht ein immer größer werdendes Fragezeichen. Univ. Prof. Helmut Detter, der sich neben seiner Tätigkeit als Wissenschaftler an der TU Wien auch intensiv mit Innovation und wirtschaftspolitischen Zusammenhängen beschäftigte, gehört zu den prominenten Zweiflern, daß Wachstum in der Manier der Nachkriegsjahrzehnte weiterhin möglich ist. Am Ende seiner beruflichen Laufbahn erstellte er ein fraktales Model, das die heutige Situation umfassend beleuchtet und im

nachstehenden Bericht in sehr geraffter und skizzenhafter Form beschrieben wird.

Der flüchtige Blick auf unsere Innovationszene vermittelt den Eindruck, daß Österreich für nahezu jedes Themensegment, beginnend vom Wissenschafts-, über den Industriebereich bis hin zu den sozialen Gebieten bestens besetzt ist. Für alle zukunftsbezogenen Topics existieren sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene Vereine, Institutionen, wissenschaftliche Einrichtungen oder Arbeitskreise. Sucht man allerdings nach Verantwortlichen und Umsetzern von innovationswirksamen Aufgaben, stößt man auf beklemmende Weise ins Leere. Vor allem auch fehlt jeglicher Gleichklang für eine zukunftssichernde Gestaltung. Ungeachtet der sattsam bekannten nationalen *Hidden Champions*, die insgesamt Nischenplayers sind, hat unsere Innovationsfähigkeit in dramatischer Weise an Kraft und Elan verloren.

Daß Österreich trotzdem leidlich funktioniert und einen immer noch hohen Lebensstandard hat, liegt vorrangig am Fleiß seiner Bewohner. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß sich der Wohlstand ganz wesentlich auch durch das Doppelverdienertum in den Familien erklärt, wozu sich noch der Pfusch gesellt, der die durchschnittliche Gesamtarbeitsszeit pro Person auf rund 50 Wochenstunden treibt.

Die stärkere Bekämpfung des Pfuschs

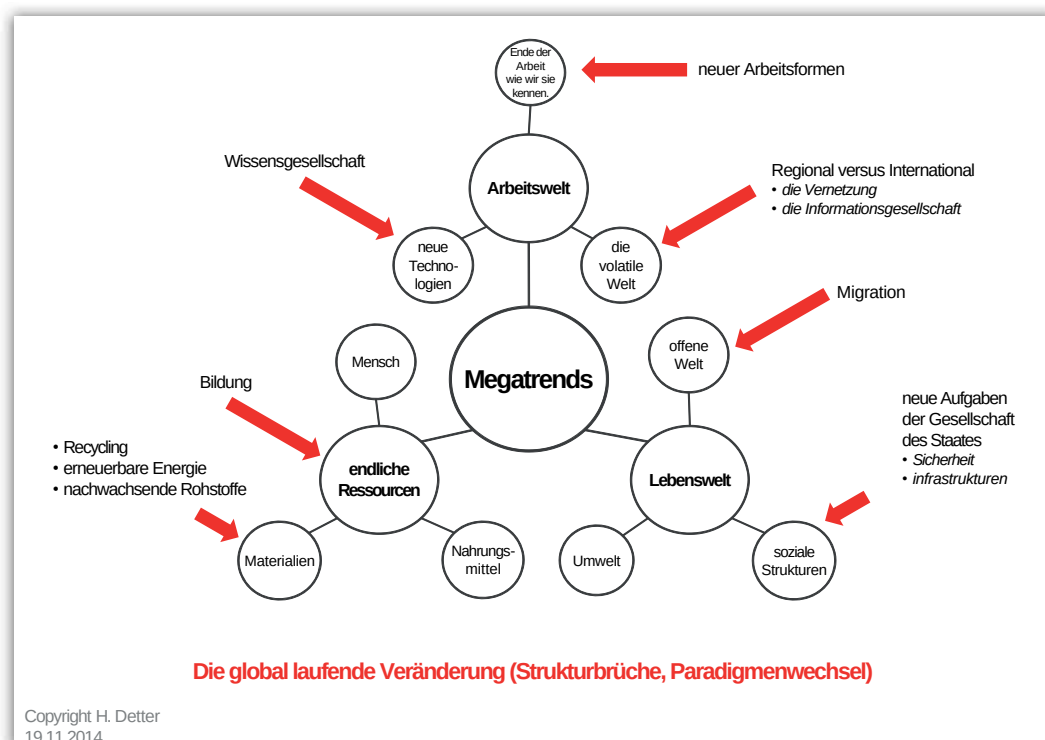
scheiterte bisher auch an einem damit verbundenen Kaufkraftverlust vieler Bevölkerungs- und Berufsgruppen, die so ihr bescheidenes Einkommen aufbessern. Das Problem Pfusch liegt somit im magischen Dreieck von Kaufkraft-erhalt, regulärer Beschäftigung und der Schwarzarbeit als ersatzweiser oder ergänzender Einkommensquelle. Das Ende des Wachstums und der damit verbundene Anstieg der Arbeitslosen (insbesondere Junge und Alte) verschärfen die Problematik.

■ Ohne Innovationskraft kein Paradigmenwechsel

Zunehmend viele Berater, Zukunftsforscher und Ökonomen befassen sich mit der Frage, wieso sich die ab dem Beginn des Wiederaufbaus bis 1985 anhaltende Aufwärtsentwicklung nicht in der gewohnten Lebhaftigkeit fortgesetzt hat. Dementsprechend laut ist das Geschrei

nach mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätzen und mehr Einkommen. Bedauerlicherweise findet Wachstum nur mehr in Form größerer Arbeitslosenzahlen, erhöhter Ausgaben für Infrastrukturen sowie steigenden Staatsausgaben mit sinkender Deckung durch Einnahmen statt.

Die Gründe dafür hängen mit den weltweit tiefgreifenden Veränderungen zusammen, die eine dramatische Auswirkung darauf haben, wie wir in Zukunft arbeiten, kommunizieren und zusammenleben werden. Die nachstehende Grafik zeigt die wichtigsten Megatrends in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit von bestimmten Wirkeffekten. Diese Wirkeffekte haben eine enge Beziehung zum Entwicklungsgrad einer Volkswirtschaft, der Vernetzungsdichte von Wirtschaftsräumen, allerdings auch zu den politischen Rahmenbedingungen, die einen solchen Paradigmenwechsel ebenso fördern wie behindern können.



Zu den Megatrends und Wirkeffekten erscheinen in geraffter Form folgende Anmerkungen wichtig:

In der Arbeitswelt sind die dramatischen Veränderungen dadurch gekennzeichnet, daß neue Technologien kaum mehr neue Arbeitsplätze generieren, sondern bestehende zunehmend reduzieren. Ein Ende der Arbeit, wie wir sie kennen, steht bevor. Als Folge der Digitalisierung von komplexen Prozessen entstehen neue Berufsfelder und Arbeitsformen. Dies führt u.a. zu größeren Qualifikations- und Einkommensunterschieden, mehr Druck auf Niedrigqualifizierte und mehr Abhängigkeit von staatlichen Ausgleichsmaßnahmen.

Die Verfügbarkeit von qualifizierten Menschen mit großem Fachwissen hat im Paradigmenwechsel eine stark steigende Bedeutung. Dies zwingt zugleich zu einer Optimierung des Bildungssystems und zur Schaffung von sozialen Autobahnen für jene, die über ausreichende Begabung sowie Interesse an höchstmöglichen Leistungen bekunden. Dennoch wird es in vielen Lebensbereichen,

Zukunftsbestimmenden Einfluß auf das Leben der morgigen Gesellschaft hat die rasante Technologieentwicklung

vor allem im lokalen Sektor, eine Vielfalt von Dienstleistungen geben, die auch mit niedrigeren Qualifikationen eine Nahrungsgrundlage bieten.

Der Alterungsprozeß der Gesellschaft schafft spezielle soziale, aber auch betriebswirtschaftliche Probleme: Eine altersgerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen mit manuellen Arbeitseinheiten erfordert sehr oft entsprechende Investitionen im Arbeitsumfeld. Die meisten Menschen tun sich ganz allgemein schwer, mehrere Berufe zu erlernen und andere Qualifikationen (durch lebenslanges Lernen) zu erwerben. Die nutzbare Halbwertszeit von erworbenem Wissen nimmt rapid ab, so daß das Ausüben des gleichen Berufs einem großen Wandel unterworfen wird. Das prinzipielle Leistungsvermögen älter werdender Menschen verlagert sich in andere Schwerpunkte. Dies erzwingt in der Praxis die Suche nach dafür geeigneten Tätigkeitsfeldern. Soziales Fazit: Das Prinzip, daß mit jedem weiteren Lebensalter das Gehalt steigen muß, ist nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Zukunftsbestimmenden Einfluß auf das Leben der morgigen Gesellschaft hat die rasante *Technologieentwicklung*. Phänomene wie das mobile Internet, die Automatisierung der Wissensarbeit, hoch entwickelte Robotik. Quasi-autonome Fahrzeuge haben beispielsweise bereits begonnen, unseren Alltag, unseren Lebensstil, unsere Arbeit und ganze Industrien zu verändern.

Die fortschreitende Digitalisierung, wie im Konzept „Industrie 4.0“ aufgezeigt, läßt die Grenzkosten der Produktion drastisch sinken. In einer Welt der kleinen Produktionslose (z.B. mit einem 3D-Drucker) und der „Prosumenten“ (eine



*Ein 3D-Drucker.
Wunder oder
Untergang der
Arbeitswelt?*

Wortbildung aus „Produzent“ und „Konsument“) verschwimmen die Grenzen zwischen Verbraucher und Hersteller. Auch die Rolle etablierter Unternehmen steht hier vor einer Neubestimmung. Dazu kommen die Einflüsse einer volatiler gewordenen Welt.

Die enge Vernetzung von Märkten und Räumen erhöht zusätzlich die gegenseitige Abhängigkeit und die Anfälligkeit für veränderte Marktbewegungen als Folge von politischen Krisen, Naturkatastrophen u.ä.

Zu wenig gesprochen wird heutzutage über die *Endlichkeit der Ressourcen*. Die steigenden Bedürfnisse einer weltweit wachsenden Verbraucherschaft setzen die globalen Rohstoffvorräte, Energiequellen und Anbaugelände unter Druck. Daher sind massive Anpassungen in der Konzeption

„Zu wenig gesprochen wird heutzutage über die Endlichkeit der Ressourcen.“

von Städten, Energiesystemen und der Bodennutzung erforderlich.

Unter allen genannten Umständen ist ein Umdenken großen Stils vonnöten. Wir werden uns daran gewöhnen müssen, Wachstum nicht länger unter ausschließlich monetären Aspekten zu betrachten und mit der Vorstellung von Besitzvermehrung zu verbinden. Lebensqualität muß auch eine immaterielle Zielvorgabe erhalten. Damit ist freilich auch eine neue Art von politischer Phantasie gefordert, die

die Grenzen der bisherigen Denkmuster sprengt und den Wählern neue, wenngleich nicht immer ganz schmerzfreie Perspektiven eröffnet.

Die more-and-more-Parolen mit Verheißungen, die ohnehin nicht realisierbar sind, haben ausgedient. ■

Univ.Prof. Dr. Helmut Detter em.

Univ. Prof. Dr. Helmut Detter em., der in Österreich vier Schlüsseltechnologien (Tribologie, Mechatronik, flexible Automation und Mikrosystemtechnik) federführend aufgebaut hat, befaßt sich intensiv mit Arbeitsplatzeffekten und neuen Technologien. Die Frage, wo künftig Arbeitsbedarf bzw. „Betätigungsfelder“ bestehen, ist eines der wichtigsten Zukunftsprobleme überhaupt. 1984 hielt Prof. Detter einen visionären Vortrag zum Thema „Arbeit finden – Arbeit erfinden“. Die damals gestellten Fragen sind 30 Jahre später leider noch immer nicht beantwortet.



ATTERSEE-REPORT

Schriftenreihe für Gesellschaftsdiagnosen

Board of Experts:

- Dr. Adalbert Cramer, Präsident des Liberalen Klubs Oberösterreich
- Univ. Prof. Dr. Helmut Detter, TU Wien
- Komm.Rat Alois Gradauer
- Univ. Prof. Dr. Lothar Höbelt, Univ. Wien
- Dr. Peter Kraft, Linz
- Dr. Thomas Petersen, IfD – Allensbach, BRD
- Mag. Jerzy Prokopiuk, Wroclaw, Polen
- Mag. Ulrike Reisner, Wien

„Bürokratie
ist die Kunst, das Mögliche
unmöglich zu machen“



